



<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
Nachtragswirtschaftssatzung 2017	3
Nachtragswirtschaftsplan 2017	5
Anlagenübersicht	11

Aus rechnerischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (T€, % usw.) auftreten.

## WIRTSCHAFTSSATZUNG

### der IHK für München und Oberbayern für den Nachtrag zum Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2017 (01.01.2017 - 31.12.2017)

Die Vollversammlung der IHK für München und Oberbayern hat am 05.12.2017 gemäß den §§ 3 und 4 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern (IHKG) vom 18.12.1956 (BGBl. I S. 920), zuletzt geändert durch Artikel 93 des Gesetzes zum Abbau verzichtbarer Anordnungen der Schriftform im Verwaltungsrecht des Bundes vom 29. März 2017 (BGBl. I 626) und der derzeit gültigen Beitragsordnung folgenden Nachtrag zur Wirtschaftssatzung zur Feststellung des Wirtschaftsplans für das Geschäftsjahr 2017 (01.01.2017 - 31.12.2017) beschlossen. Diese Wirtschaftssatzung tritt nach Veröffentlichung in Kraft.

### Nachtragswirtschaftsplan

I. Der Wirtschaftsplan wird durch Nachtrag wie folgt festgelegt:

1. In der Plan GuV	
von der Summe der Erträge in Höhe von	81.282.000 EUR
mit der Summe der Erträge um	- 5.648.600 EUR
auf	75.633.400 EUR
von der Summe der Aufwendungen in Höhe von	98.910.000 EUR
mit der Summe der Aufwendungen um	2.292.100 EUR
auf	101.202.100 EUR
von der Summe der Rücklagenveränderung in Höhe von	- 4.320.000 EUR
mit der Summe der Rücklagenveränderungen um	- 6.453.200 EUR
auf	- 10.773.200 EUR
von dem Verlustausgleich aus dem Gewinnvortrag in Höhe von	- 13.308.000 EUR
mit dem Verlustausgleich aus dem Gewinnvortrag um	- 1.487.500 EUR
auf	- 14.795.500 EUR
2. Im Finanzplan	
von der Summe der Investitionseinzahlungen in Höhe von	+ 2.488.000 EUR
mit der Summe der Investitionseinzahlungen um	- 1.614.000 EUR
(Positionen 10., 12. und 14.)	
auf	+ 874.000 EUR
von der Summe der Investitionsauszahlungen in Höhe von	- 36.289.000 EUR
mit der Summe der Investitionsauszahlungen um	13.834.000 EUR
(Positionen 11., 13. und 15.)	
auf	- 22.455.000 EUR

von der Summe der Einzahlungen aus (Finanz-)Krediten in Höhe von	3.000.000 EUR
mit der Summe der Investitionsauszahlungen um	- 3.000.000 EUR
(Position 17a.)	
auf	0 EUR

II. Die Kreditermächtigungen werden durch Nachtrag wie folgt festgelegt:

1. Investitionskredite

Die Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten zur Deckung von Investitionsausgaben	
in Höhe von	10 Mio. EUR
um	30 Mio. EUR
auf	40 Mio. EUR

2. Kassenkredite

Die Ermächtigung zur Aufnahme von Kassenkrediten	
bis zur Höhe von	40 Mio. EUR
um	-20 Mio. EUR
auf	20 Mio. EUR

Im Übrigen bleiben die Festsetzungen der von der Vollversammlung am 07.12.2016 beschlossenen Wirtschaftssatzung 2017 unverändert.

München, den 5. Dezember 2017

**IHK für München und Oberbayern**

**Präsident**

**Hauptgeschäftsführer**

**Dr. Eberhard Sasse**

**Peter Driessen**

## Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2017

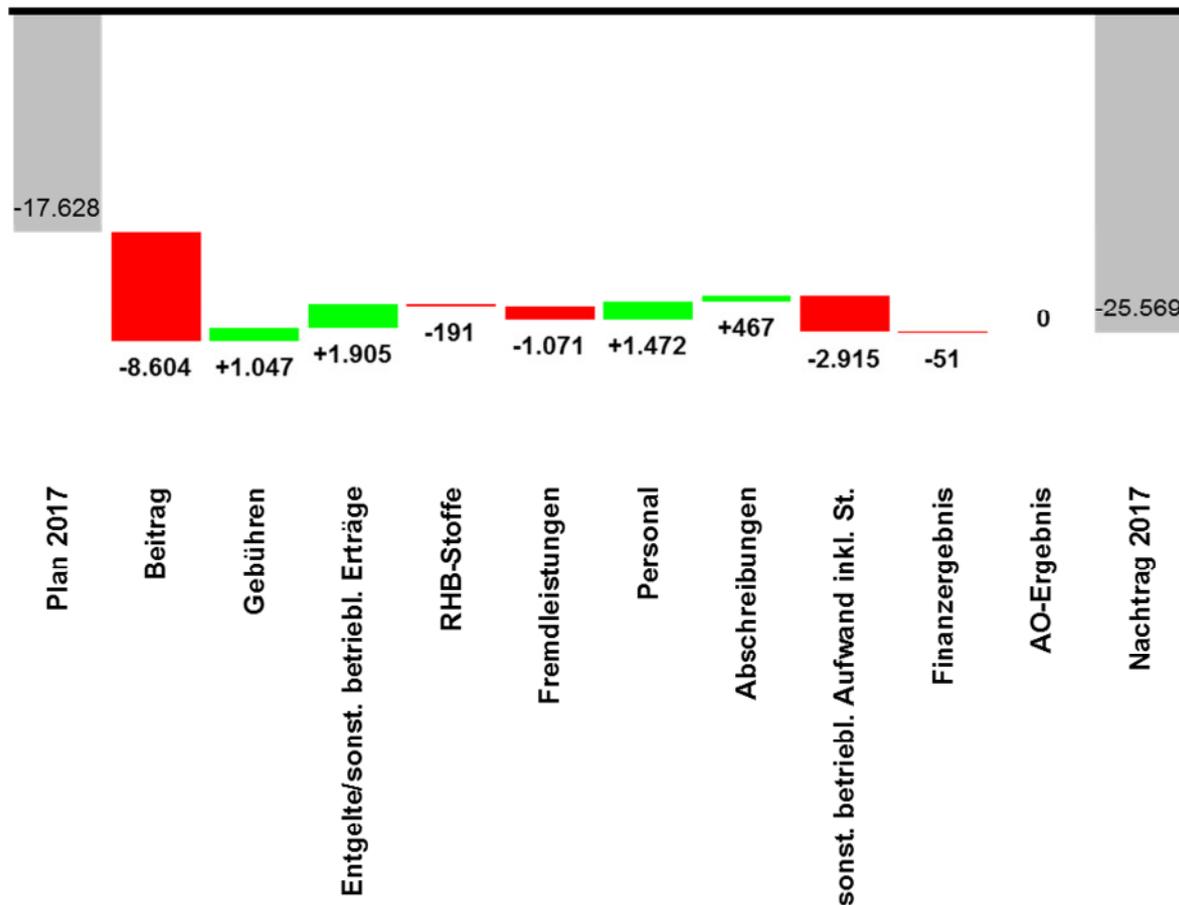
### Grundlagen für die Aufstellung des Wirtschaftsplans

Ausgehend von der Hochrechnung 2017 führt der Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Jahres 2017 im Ergebnis zu einer Erhöhung des Jahresfehlbetrags um 7.941 T€ auf 25.569 T€.

Plan-Hochrechnung-Vergleich in T€	2016 IST (nachrichtlich)	2017 Plan (07.12.2016)	2017 Nachtrag ergebniswirksam	2017 Plan inkl. Nachtrag
Erträge aus IHK-Beiträgen	47.941	55.582	-8.604	46.978
Erträge aus Gebühren	12.622	12.000	1.047	13.047
Erträge aus Entgelten	5.569	5.400	126	5.526
Sonstige betriebliche Erträge	9.864	8.000	1.779	9.779
<b>Betriebserträge</b>	<b>75.995</b>	<b>80.982</b>	<b>-5.652</b>	<b>75.330</b>
Materialaufwand	16.806	16.500	-1.262	17.762
Personalaufwand	39.053	40.200	1.472	38.728
Abschreibungen	1.508	3.000	467	2.533
Sonstige betriebliche Aufwendungen	36.523	37.800	-2.905	40.705
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>93.889</b>	<b>97.500</b>	<b>-2.228</b>	<b>99.728</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-17.895</b>	<b>-16.518</b>	<b>-7.879</b>	<b>-24.397</b>
Finanzergebnis	-648	-996	-51	-1.047
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-18.543	-17.514	-7.930	-25.444
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Steuern	116	114	-10	124
<b>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>-18.659</b>	<b>-17.628</b>	<b>-7.941</b>	<b>-25.569</b>
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	28.834	13.308	1.488	14.796
Entnahmen aus den Rücklagen	6.201	4.320	19.537	23.857
Einstellungen in Rücklagen	1.581	0	-13.084	13.084
Rücklagenveränderung	4.620	4.320	6.453	10.773
<b>Bilanzgewinn / Bilanzverlust</b>	<b>14.795</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Die Veränderungen ergeben sich wie folgt:

**Veränderungen Hochrechnung 2017 gegenüber Planung 2017 in T€**  
(+ = Ergebnisverbesserung, - = Ergebnisverminderung)



**Betriebserträge 2017**

Es ist damit zu rechnen, dass sich die **Beitragserträge** um 8.604 T€ geringer darstellen als geplant (Planabweichung -15,5 Prozent). Ausschlaggebend für die Abweichung sind deutlich geringere Umlagen aus Vorjahren (°-°6.604 T€) und rückläufige Wertaufhellungen (°-°2.000 T€).

Bei den **Gebühren** im Bereich Berufsausbildung wird ein leichter Rückgang um 87 T€ auf 4.890 T€ erwartet. Bei Weiterbildungs- und Fortbildungsprüfungen sowie Sach- und Fachkundeprüfungen wird ein Anstieg um 501 T€ auf 5.451 T€ und bei Sonstigen Gebühren werden Zuwächse um 633 T€ auf 2.706 T€ prognostiziert. Insgesamt wird mit einem Anstieg der Gebührenerträge um 1.047 T€ auf 13.047 T€ gerechnet.

Die **Entgelte** aus Verkaufserlösen, Seminaren und Veranstaltungen werden sich voraussichtlich planmäßig entwickeln.

Die **Sonstigen betrieblichen Erträge** steigen gegenüber der Planung 2017 deutlich an. Ursächlich dafür sind zur Hauptsache gestiegene Mieterlöse. Die Erträge aus öffentlichen Zuwendungen für Berufs- und Weiterbildungsprojekte liegen unter Plan, da der Mittelabruf geringer ausfällt als ursprünglich geplant.

### **Betriebsaufwand 2017**

Die **Aufwandsseite** wird durch Mehraufwendungen bei Material- (+ 1.262 T€) und Sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 2.905 T€), im Wesentlichen wegen zusätzlicher Fremdleistungen für IT- sowie Rechts- und Beratungskosten, und Minderaufwendungen bei Personal (- 1.472 T€) und Abschreibungen (- 467 T€) bestimmt.

### **Finanzergebnis 2017**

Der Rückgang im **Finanzergebnis** ist hauptsächlich durch den steigenden Zinsaufwand aus Verwarentgelten für Guthaben und aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen verursacht.

### **Jahresfehlbetrag (Ausgleich) 2017**

Der erwartete Jahresfehlbetrag 2017 beträgt 25.569 T€. Er wird über den Ergebnisvortrag in Höhe von 14.796 T€ sowie durch Nettoentnahmen aus Rücklagen in Höhe von 10.773 T€ gedeckt.

Positiv wirken die Entnahmen aus zweckgebundenen Finanzierungsrücklagen für den Grundstückserwerb eines Bildungszentrums München von 11.320 T€ und für den Bau einer neuen Geschäftsstelle in Rosenheim von 8.682 T€. In beiden Fällen werden die Eigenkauf- bzw. Bauoptionen seitens der IHK nicht mehr weiterverfolgt. In Abkehr von den ursprünglich definierten Auflösungsvoraussetzungen werden die genannten Rücklagen somit im Jahresabschluss 2017 aufgelöst. Weiterhin entnimmt die IHK Rücklagen für Instandhaltung für den Standort Orleansstraße von 1.367 T€ und führt auf Basis von Kostenschätzungen 1.969 T€ zu. Als Ersatz für das ursprünglich geplante Bildungszentrum in München hat die IHK mit dem Eigentümer des Objekts Rosenheimer Straße 110-112 im Dezember 2015 einen Mietvertrag über 10.500 qm für Seminar-, Prüfungs- und Büroräume und 80 Tiefgaragenstellplätze abgeschlossen. Für die mieterseitigen Leistungen sowie die Erstausrüstung wird eine Finanzierungsrücklage in Höhe von 9.500 T€ gebildet auf Grundlage einer Kostenschätzung des externen Planers vom 04.10.2017. Zum Ausgleich der Plan-GuV werden der Ausgleichsrücklage per saldo 874 T€ entnommen. Insgesamt werden den Rücklagen 2017 23.857 T€ entnommen und 13.084 T€ zugeführt.

Der Stand der **Rücklagen** wird zum 31.12.2017 folgende Werte bzw. Relationen erreichen:

Stand: 31.12.	2015 IST	2016 IST	2017 Nachtrag
<b>Ausgleichsrücklage</b>	<b>32.582</b>	<b>32.582</b>	<b>31.708</b>
in % des geplanten Betriebsaufwands	34,1%	33,3%	31,3%
Zuführung lfd. Jahr	0	0	1.614
Entnahme lfd. Jahr	0	0	-2.488
Summe	0	0	-874

<b>Finanzierungsrücklagen</b>			
<b>- Max-Joseph-Str.</b>	<b>66.430</b>	<b>66.430</b>	<b>66.430</b>
Zuführung lfd. Jahr	0	0	0
Entnahme lfd. Jahr	0	0	0
Summe	0	0	0
<b>- neues Bildungszentrum</b>	<b>11.320</b>	<b>11.320</b>	<b>0</b>
Zuführung lfd. Jahr	0	0	0
Entnahme lfd. Jahr	0	0	-11.320
Summe	0	0	-11.320
<b>- neue Geschäftsstellen (IN, RO)</b>	<b>8.682</b>	<b>8.682</b>	<b>0</b>
Zuführung lfd. Jahr	0	0	0
Entnahme lfd. Jahr	-15.300	0	-8.682
Summe	-15.300	0	-8.682
<b>- Rosenheimer Straße</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>9.500</b>
Zuführung lfd. Jahr	0	0	9.500
Entnahme lfd. Jahr	0	0	0
Summe	0	0	9.500

<b>Instandhaltungsrücklagen</b>			
<b>- Orleansstr.</b>	<b>3.451</b>	<b>2.487</b>	<b>3.089</b>
Zuführung lfd. Jahr	0	0	1.969
Entnahme lfd. Jahr	-1.312	-964	-1.367
Summe	-1.312	-964	602
<b>- Westerham</b>	<b>3.655</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Zuführung lfd. Jahr	0	0	0
Entnahme lfd. Jahr	-17	-3.655	0
Summe	-17	-3.655	0

### **Ausgleichsrücklage**

Die Ausgleichsrücklage ist zum Ausgleich aller ergebniswirksamen Schwankungen vorgesehen. Sie ist laut § 15a Nr. 2 Satz 2 Finanzstatut zu bilden und kann in ihrer Höhe bis zu 50 Prozent der geplanten Aufwendungen betragen. Sie soll 30 Prozent nicht unterschreiten.

Das Bundesverwaltungsgericht fordert in seiner Entscheidung vom 09.12.2015 bei der Bemessung der Rücklagen das Gebot der Haushaltswahrheit einzuhalten. Dies beinhaltet u.a. die Pflicht zur Schätzgenauigkeit (sachgerechte und vertretbare Prognose) und fordert für die Ausgleichsrücklage eine Unterlegung durch eine Risikoprognose. Die Berechnungsbasis ist verständlich und nachvollziehbar darzustellen. Hierzu hat eine Expertenkommission beim DIHK einen Muster-Risikokatalog entwickelt und ein von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC zertifiziertes Standardmodell für die Zusammenfassung der bewerteten Risiken zur Verfügung gestellt.

Unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen und zu erwartenden Risiken wird für 2017 eine Schadenssumme für die Ausgleichsrücklage in Höhe von 43.890 T€ berechnet, die in 95 Prozent aller Stichproben (100.000 Durchläufe) nicht überschritten wird. Die IHK München verzichtet bewusst auf eine vollständige Abdeckung der Risiken auf die berechnete Größe. Unter Berücksichtigung des zu erwartenden Standes zum 31.12.2017 von 31.708 T€ ergibt sich ein Abdeckungsgrad von 72,2 Prozent.

Das Verfahren zur Risikobewertung, der Risikokatalog, die Berechnungsgrundlagen und das Risikoausmaß der einzelnen Risikofelder sowie die aggregierten Schadenssummen sind in der Anlage 10 dargestellt.

### **Andere Rücklagen**

Als Konsequenz der aktuellen Rechtsprechung zur Rücklagenbildung bei IHKs werden Finanzierungs- und Instandhaltungsrücklagen ab 2016 nur noch in dem Umfang gebildet, in dem Maßnahmen durch Kostenschätzungen externer Sachverständiger bzw. Architekten unterlegt sind.

### **Finanzierungsrücklagen**

Diese zweckgebundenen Rücklagen wurden für die Finanzierung der Generalsanierung des IHK-Stammhauses Max-Joseph-Straße, für die Finanzierung des Grundstückserwerbs für ein neues Bildungszentrum in München, für die Grundstückserwerbe und den Bau neuer Geschäftsstellen in Ingolstadt und Rosenheim sowie für Mietereinbauten und Erstausrüstung am Standort München, Rosenheimer Straße gebildet. Der Stand der Finanzierungsrücklagen zum 31.12.2017 ist wie folgt:

- |  |           |
|--|-----------|
| • Max-Joseph-Straße München  | 66.430 T€ |
| • Rosenheimer Straße München   | 9.500 T€  |
| • Neues Bildungszentrum München  | 0 T€      |
| • Neue Geschäftsstellen Ingolstadt und Rosenheim<br>(verbleibender Teilbetrag Rosenheim) | 0 T€      |

**Max-Joseph-Straße:** Die Vollversammlung hat sich mit Beschluss vom 15.07.2015 auf Basis der geprüften Kostenberechnung des Generalplaners Anderhalten Architekten in Höhe von rund 75 Mio. € für die Fortsetzung der Generalsanierung ausgesprochen. Ende April 2016 wurden die Rohbauarbeiten gestartet. Der Beginn

des Umzugs ist für Dezember 2018 geplant. Nach Fertigstellung der Außenanlagen und Erhalt der Schlussrechnungen zur Ermittlung der Herstellungskosten werden perspektivisch ab Mitte 2019 der Rücklage die Hälfte der jährlichen Abschreibungswerte für die gewöhnliche Nutzungsdauer der jeweiligen Vermögensgegenstände in Höhe von geplant 1.700 T€ (Jahreswert 3.375 T€ ab 2020) entnommen.

**Bildungszentrum München:** Die Vollversammlung hat mit Beschluss vom 01.07.2014 die Hauptgeschäftsführung beauftragt, Verhandlungen zur langfristigen Anmietung von Büro- und Seminarflächen mit dem künftigen Erwerber des Grundstücks Rosenheimer Straße 110 – 112 (ehem. Holzkontor Grombach) in der Größenordnung von bis zu 10.000 qm zu führen. Am 08.12.2015 bevollmächtigte die Vollversammlung Präsident und Hauptgeschäftsführer zum Abschluss eines Mietvertrages. Beschlussgemäß wird die vorhandene Finanzierungsrücklage Bau eines neuen Bildungszentrums in München bei Erfüllung der Bedingungen „Abschluss eines Mietvertrags“ (unterzeichnet am 10./11.12.2015, jedoch noch unter auflösender Bedingung einer Baugenehmigung) und Baustatus „Gebäude dicht“ für das Mietobjekt aufgelöst. Der beabsichtigte Grundstückserwerb in München (Rosenheimer Straße 110-112) wurde zugunsten der Mietlösung an diesem Standort aufgegeben. Der zwischen der IHK und dem Grundstückseigentümer abgeschlossene Mietvertrag beinhaltet ein beiderseitiges Rücktrittsrecht der Mietvertragsparteien bis zum 30. Juli 2017, das durch das Vorliegen einer wirksamen Baugenehmigung auflösend bedingt ist. Mit Erteilung der Baugenehmigung für das Grundstück am 02.03.2017 und dem Erlöschen des Rücktrittsrechtes verfügt die IHK über eine rechtsgesicherte Mieterposition. Angesichts des Baufortschritts wird auf die zweite Auflösungs Voraussetzung „Gebäude dicht“ verzichtet und die Rücklage im Jahresabschluss 2017 aufgelöst.

**Neue Geschäftsstellen in Ingolstadt und Rosenheim:** Die Finanzierungsrücklage Bau neuer Geschäftsstellen in Ingolstadt und Rosenheim wurde 2015 in Höhe des Teilbetrags für Ingolstadt von 15.300 T€ aufgelöst. Die Vollversammlung hatte am 15.07.2015 den Beschluss über eine Mietlösung in Ingolstadt gefasst, nachdem ein zuvor verfolgter Grundstücksankauf und Neubau wegen einer betriebsinternen Entscheidung des privaten Grundstücksanbieters nicht zustande kam. Im Hinblick auf die neue Geschäftsstelle in Rosenheim wurde gemäß Beschluss der Vollversammlung vom 18.03.2015 sowohl ein Grundstücksankauf und Neubau als auch eine alternative Mietlösung eruiert. Die IHK priorisiert mittlerweile eine Mietlösung und hat deshalb am 18.07.2017 mit der Stadt Rosenheim eine vorherige Grundstücksreservierung einvernehmlich aufgelöst. Deshalb wird die Rücklage in Höhe von 8.682 T€ im Jahresabschluss 2017 aufgelöst.

### **Instandhaltungsrücklagen**

Für die Standorte Orleansstraße und Westerham sind zweckgebundene Rücklagen für größere Instandhaltungsmaßnahmen gebildet. Nach der Entnahme von 1.367 T€ für den Standort Orleansstraße und die durch sachverständige Dritte nachgewiesene Zuführung für den Standort Orleansstraße in Höhe von 1.969 T€ werden zum Bilanzstichtag 2017 für die Orleansstraße 3.089 T€ und für Westerham 0 T€ zu Buche stehen.

<b>Anlagenübersicht</b>	<b>Seite</b>
1. Bewirtschaftungsvermerke	12
2. Plan GuV	13
3. Anlage zur Plan GuV	14
4. Finanzplan	16
5. Anlage zum Finanzplan	17
6. Anlage Investitionsplanung zur Anlage zum Finanzplan	18
6a. Anlage Kosten- und Finanzierungsübersicht für das Projekt Generalsanierung Stammhaus Max-Joseph-Straße	19
6b. Anlage Kosten- und Finanzierungsübersicht für das Projekt Mietereinbauten Rosenheimer Straße 112	23
7. Personalübersicht	24
8. Erläuterungen zur Plan GuV	25
9. Rücklagen	34
10. Grundlagen Risikoprognose der Ausgleichsrücklage	40

## **Bewirtschaftungsvermerke**

Der Personalaufwand und alle übrigen Aufwendungen sind mit der Ausnahme des Kontos 68661 (Präsidentenfonds) insgesamt gegenseitig deckungsfähig (§ 11 Nr. 3 Finanzstatut).

Die Investitionsauszahlungen sind insgesamt gegenseitig deckungsfähig (§ 11 Nr. 4 Finanzstatut).

Die für die Einzelinvestitionsmaßnahmen bereitgestellten Mittel werden für übertragbar erklärt.

Die für die Generalsanierung des Stammhauses Max-Joseph-Str. bereitgestellten Mittel werden für übertragbar erklärt.

Die für die Mietereinbauten und Erstausrüstung in der Rosenheimer Straße in München bereitgestellten Mittel werden für übertragbar erklärt.

Die Entnahmen aus den Instandhaltungsrücklagen erfolgen bis zur Höhe der für die jeweilige Maßnahme nachgewiesenen Aufwendungen. Dies gilt auch für Mehraufwendungen, soweit dadurch das Gesamtbudget für die Maßnahme nicht überschritten wird.

## Plan GuV

Gewinn- und Verlustrechnung (in Euro)	2016 IST (eschricktlich)	2017 Plan (08.12.2015)	2017 Nachtrag	2017 Plan inkl. Nachtrag
1. Erträge aus IHK-Beiträgen	47.940.856	55.582.000	-8.604.000	46.978.000
2. Erträge aus Gebühren	12.621.506	12.000.000	1.047.000	13.047.000
3. Erträge aus Entgelten	5.568.597	5.400.000	126.000	5.526.000
4. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen	0	0	0	0
5. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
6. Sonstige betriebliche Erträge	9.863.856	8.000.000	1.779.400	9.779.400
davon: Erträge aus Erstattungen	3.056.125	3.319.000	306.000	3.625.000
davon: Erträge aus üblichen Zuwendungen	1.164.962	773.000	-140.000	633.000
davon: Erträge aus Abführung an gesonderte Wirtschaftspläne	0	0	0	0
<b>Betriebserträge</b>	<b>75.994.815</b>	<b>80.982.000</b>	<b>-6.651.600</b>	<b>75.330.400</b>
7. Materialaufwand	16.806.086	16.500.000	1.262.000	17.762.000
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	2.542.003	2.475.300	190.700	2.666.000
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	14.264.083	14.024.700	1.071.300	15.096.000
8. Personalaufwand	39.052.520	40.200.000	-1.472.000	38.728.000
a) Gehälter (inkl. Sachbezüge und Aushilfen)	28.795.203	30.000.000	-823.000	29.177.000
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	10.257.317	10.200.000	-649.000	9.551.000
9. Abschreibungen	1.507.648	3.000.000	-467.100	2.532.900
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.507.648	3.000.000	-467.100	2.532.900
b) Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der IHK ubliche Abschreibungen berschreiten	0	0	0	0
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	36.523.106	37.800.000	2.904.900	40.704.900
davon: Zuführung an gesonderte Wirtschaftspläne	0	0	0	0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>93.889.360</b>	<b>97.500.000</b>	<b>2.227.800</b>	<b>99.727.800</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-17.894.545</b>	<b>-16.518.000</b>	<b>-7.879.400</b>	<b>-24.397.400</b>
11. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	461.831	300.000	0	300.000
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	83.583	0	3.000	3.000
davon: Erträge aus Abzinsung	0	0	0	0
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	59.500	48.000	2.000	50.000
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.134.191	1.248.000	52.000	1.300.000
davon: Aufwendungen aus Aufzinsung	1.122.518	1.188.000	12.000	1.200.000
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-648.277</b>	<b>-996.000</b>	<b>-51.000</b>	<b>-1.047.000</b>
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-18.542.822</b>	<b>-17.514.000</b>	<b>-7.930.400</b>	<b>-25.444.400</b>
16. Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
17. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
18. Steuern von Einkommen und vom Ertrag	18.673	9.000	9.000	18.000
19. Sonstige Steuern	97.333	105.000	1.300	106.300
20. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-18.658.828	-17.628.000	-7.940.700	-25.568.700
21. Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	28.834.291	13.308.000	1.487.500	14.795.500
22. Entnahmen aus den Rücklagen	6.201.024	4.320.000	19.537.200	23.857.200
a) aus der Ausgleichsrücklage	0	2.488.000	0	2.488.000
b) aus anderen Rücklagen	6.201.024	1.832.000	19.537.200	21.369.200
23. Einstellungen in Rücklagen	1.581.000	0	13.084.000	13.084.000
a) in die Ausgleichsrücklage	0	0	1.614.000	1.614.000
b) in andere Rücklagen	1.581.000	0	11.470.000	11.470.000
24. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	14.795.487	0	0	0

## Anlage 3

## Anlage zur Plan GuV

Gewinn- und Verlustrechnung (in Euro)	2016 IST (in Mio. €)	2017 Plan (06.12.2016)	2017 Nachtrag	2017 Plan inkl. Nachtrag
1. Erträge aus HK-Beträgen	47.940.856	55.582.000	-8.604.000	46.978.000
davon: Erträge aus HK-Beträgen Vorjahre		19.887.000	-9.538.000	10.349.000
davon Grundbeiträge Vorjahre	1.503.125	1.364.000	2.360.000	3.724.000
Umlagen Vorjahre	10.018.307	18.523.000	-11.898.000	6.625.000
Erträge aus HK-Beträgen laufendes Jahr	36.419.424	35.695.000	934.000	36.629.000
davon: Grundbeiträge laufendes Jahr	21.657.425	21.398.000	1.912.000	23.310.000
Umlagen laufendes Jahr	10.812.189	14.297.000	807.000	15.104.000
Wertaufholung	3.949.810	0	-1.785.000	-1.785.000
2. Erträge aus Gebühren	12.621.508	12.000.000	1.047.000	13.047.000
davon: Berufsausbildung	4.932.440	4.977.000	-87.000	4.890.000
Weiterbildung	5.183.486	4.950.000	501.000	5.451.000
Sonstige Gebühren	2.505.580	2.073.000	633.000	2.706.000
3. Erträge aus Entgelten	5.568.597	5.400.000	126.000	5.526.000
davon: Verkaufserlöse	326.996	341.700	-23.700	318.000
Entgelte aus Seminaren, Veranstaltungen	4.553.213	4.384.500	160.500	4.545.000
4. Bestandsveränderungen	0	0	0	0
5. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
6. Sonstige betriebliche Erträge	9.863.856	8.000.000	1.779.400	9.779.400
davon: Erträge aus Erstattungen	3.056.125	3.319.000	306.000	3.625.000
Erträge aus öffentl. Zuwendungen	1.164.962	773.000	-140.000	633.000
Erträge aus Abführung an gesonderte Wirtschaftspläne	0	0	0	0
<b>BETRIEBSERTRÄGE</b>	<b>75.994.815</b>	<b>80.982.000</b>	<b>-5.651.600</b>	<b>75.330.400</b>
7. Materialaufwand	16.806.086	16.500.000	1.262.000	17.762.000
a) Aufwand für RHB-Stoffe	2.542.003	2.475.300	190.700	2.666.000
b) Bezogene Leistungen	14.264.083	14.024.700	1.071.300	15.096.000
davon: Fremdleistungen	10.997.213	11.211.800	241.100	11.452.900
davon: Honorare Dozenten	2.585.708	2.739.700	154.300	2.894.000
Prüferentschädigung (PE)	4.106.524	4.444.200	-311.200	4.133.000
Sonstige Aufwendungen	3.266.870	2.812.900	830.200	3.643.100
8. Personalaufwand	39.052.520	40.200.000	-1.472.000	38.728.000
a) Gehälter	28.795.203	30.000.000	-823.000	29.177.000
davon: Gehälter aus unbefristeten u. befristeten Arbeitsverhältnissen	286.115.994	28.873.000	-859.000	28.014.000
Auszubildende	183.609	195.100	-100	195.000
b) Soziale Abgaben/Aufwendungen für Altersversorgung	10.257.317	10.200.000	-649.000	9.551.000
davon: AG-Anteil zur Sozialversicherung	4.830.184	4.800.000	49.000	4.849.000
Beihilfen und Unterstützungen	333.485	360.000	36.000	396.000
Renten und Hinterbliebenensvers.	0	0	1.956.000	1.956.000
Vorsorge	4.064.562	3.972.000	-2.688.000	1.284.000
9. Abschreibungen	1.507.648	3.000.000	-467.100	2.532.900
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände, Anlagevermögen u. Sachanlagen	1.507.648	3.000.000	-467.100	2.532.900
davon: Abschreibungen auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	249.208	309.000	-51.000	258.000
b) Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens soweit diese die in der HK übliche Abschreibungen überschreiten	0	0	0	0
10. Sonstiger betrieblicher Aufwand	36.523.106	37.800.000	2.904.900	40.704.900
davon: Sonstige Personalkosten	1.415.266	1.580.500	-541.500	1.039.000
Mieten, Pachten, Erbbauzinsen u. Leasing	4.184.335	4.511.600	-123.600	4.388.000
Aufw. Aufwendungen für Fremdleistungen	7.690.276	7.736.700	1.156.000	8.892.700
Rechts- und Beratungskosten	3.256.202	2.596.400	585.200	3.181.600
Bürobedarf, Literatur, Telekommunikation	3.027.584	0	-194.100	2.926.500
Präsidentenfonds	34.630	51.000	0	51.000
Marketing und Öffentlichkeitsarbeit außer Präsidentenfonds	1.184.592	102.300	142.700	245.000
Aufwendungen DHK	4.528.148	4.632.000	-32.000	4.600.000
Zuwendungen	79.612	71.100	700	71.800
Aufwendungen für Grundstücke, Gebäude u. Geschäftsausstattung	743.614	736.500	27.500	764.000
<b>BETRIEBSAUFWAND</b>	<b>93.889.360</b>	<b>97.500.000</b>	<b>2.227.800</b>	<b>99.727.800</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-17.894.545</b>	<b>-16.518.000</b>	<b>-7.879.400</b>	<b>-24.397.400</b>

## Anlage 3

Gewinn- und Verlustrechnung (in Euro)	2016 HT (buchstäblich)	2017 Pla (09.12.2016)	2017 Nachtrag	2017 Pla inkl. Nachtrag
<b>Übertrag</b>				
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-17.894.545</b>	<b>-16.518.000</b>	<b>-7.879.400</b>	<b>-24.397.400</b>
11. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0
12. Erträge aus anderen Wertpapieren	461.831	300.000	0	300.000
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	83.583	0	3.000	3.000
davon: Abzinsung	0			
<b>FINANZERTRÄGE</b>	<b>545.414</b>	<b>300.000</b>	<b>3.000</b>	<b>303.000</b>
14. AfA auf Finanzanlagen u. WP des UV	59.590	48.000	2.000	50.000
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.134.191	1.248.000	52.000	1.300.000
davon: Aufzinsung	1.122.518	1.188.000	12.000	1.200.000
<b>FINANZAUFWAND</b>	<b>1.193.691</b>	<b>1.296.000</b>	<b>54.000</b>	<b>1.350.000</b>
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-648.277</b>	<b>-996.000</b>	<b>-51.000</b>	<b>-1.047.000</b>
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-18.542.822</b>	<b>-17.514.000</b>	<b>-7.930.400</b>	<b>-25.444.400</b>
16. Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
17. Außerordentlicher Aufwand	0	0	0	0
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
18. Steuern von Einkommen und Ertrag	18.673	9.000	9.000	18.000
19. Betriebliche Steuern	97.333	105.000	1.300	106.300
Steueraufwendungen	116.006	114.000	10.300	124.300
<b>20. Jahresüberschuss (+) / Fehlbetrag (-)</b>	<b>-18.658.828</b>	<b>-17.828.000</b>	<b>-7.940.700</b>	<b>-25.568.700</b>
21. Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	28.834.291	13.308.000	1.487.500	14.795.500
22. Entnahmen aus den Rücklagen	6.201.024	4.320.000	19.537.200	23.857.200
Ausgleichsrücklage	0	2.488.000	0	2.488.000
andere Rücklagen	6.201.024	1.832.000	19.537.200	21.369.200
23. Einstellungen in Rücklagen	1.581.000	0	13.084.000	13.084.000
Ausgleichsrücklage	0	0	1.614.000	1.614.000
andere Rücklagen	1.581.000	0	11.470.000	11.470.000
<b>Bilanzgewinn (+) / Bilanzverlust (-)</b>	<b>14.795.487</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

## Anlage 4

## Finanzplan

Finanzplan	2016 IST (nachrichtlich)	2017 Plan	2017 Nachtrag	2017 Plan inkl. Nachtrag
<b>1. Jahresüberschuss (+) / Fehlbetrag (-) ohne außerordentliche Posten</b>	<b>-18.658.828</b>	<b>-17.628.000</b>	<b>-7.940.700</b>	<b>-25.568.700</b>
2.a) +/- Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.507.646	3.000.000	-467.100	2.532.900
2.b) - Erträge aus Auflösung Sonderposten	-437.523	-368.000	0	-368.000
3. +/- Veränderung Rückstellungen / RAP	3.710.937	141.000	10.000	151.000
Bildung Passive RAP (+) / Auflösung Aktive RAP (+)	637.681	141.000	10.000	151.000
Auflösung Passive RAP (-) / Bildung Aktive RAP (-)	-549.033	0	0	0
<i>Positionen 4. - 8. entfallen im Plan</i>	-37.375			
<b>9. = Plan-Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>-13.915.143</b>	<b>-14.853.000</b>	<b>-8.397.800</b>	<b>-23.250.800</b>
10. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	13.225	0	0	0
11. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-8.413.775	-36.063.000	13.863.000	-22.200.000
12. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
13. - Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-194.695	-226.000	-29.000	-255.000
14. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	2.488.000	-1.614.000	874.000
15. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-59.500	0	0	0
<b>16. = Plan-Cashflow aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-8.654.745</b>	<b>-33.801.000</b>	<b>12.220.000</b>	<b>-21.581.000</b>
17.a) + Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	0	3.000.000	-3.000.000	0
17.b) + Einzahlungen aus erhaltenen Investitionszuschüssen	0	0	0	0
18. - Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-)Krediten	0	0	0	0
<b>19. = Plan-Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>0</b>	<b>3.000.000</b>	<b>-3.000.000</b>	<b>0</b>
<b>20. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes</b>	<b>-22.569.888</b>	<b>-45.654.000</b>	<b>822.200</b>	<b>-44.831.800</b>
(Summe der Zeilen 9, 16 und 19)				
<i>Positionen 21. - 22. entfallen im Plan</i>				

## Anlage 5

## Anlage zum Finanzplan

Finanzplan (in Euro)	2016 IST (nochrichtlich)	2017 Plan (08.12.2015)	2017 Nachtrag	2017 Plan inkl. Nachtrag
Jahresüberschuss (+) / Fehlbetrag (-)	-18.658.828	-17.628.000	-7.940.700	-25.568.700
- Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
+ Außerordentlicher Aufwand	0	0	0	0
<b>1. Jahresüberschuss (+) / Fehlbetrag (-) ohne außerordentliche Posten</b>	<b>-18.658.828</b>	<b>-17.628.000</b>	<b>-7.940.700</b>	<b>-25.568.700</b>
2.a) + Abschreibungen	1.507.646	3.000.000	-467.100	2.532.900
- Werterhöhungen des AV/UV	0	0	0	0
- Zuschreibungen zu Anteilen	0	0	0	0
2.b) - Auflösung von Sonderposten	-437.523	-366.000	0	-366.000
3. Veränderung Rückstellungen / RAP	3.710.937	141.000	10.000	151.000
a) + Zuführung Rückstellungen	5.560.737	831.000	10.000	841.000
- Auflösung Rückstellungen	-1.938.448	-690.000	0	-690.000
b) + Bildung Passive RAP +	71.925	0	0	0
+ Auflösung Aktive RAP +	565.756	0	0	0
- Auflösung Passive RAP -	-63.271	0	0	0
- Bildung Aktive RAP -	-485.762	0	0	0
<i>Positionen 4. - 8. entfallen im Plan</i>	-37.375			
<b>9. = Plan-Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>-13.915.143</b>	<b>-14.853.000</b>	<b>-8.397.800</b>	<b>-23.250.800</b>
10. + Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	13.225	0	0	0
11. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-8.413.775	-36.063.000	13.863.000	-22.200.000
a) Grundstücke und Gebäude				
einzelne Maßnahmen	-7.395.041	-34.550.000	14.000.000	-20.550.000
Verpflichtungsermächtigung	0	0	0	0
pauschal veranschlagt	-20.135	0	0	0
Teilsumme	-7.415.176	-34.550.000	14.000.000	-20.550.000
b) Technische Anlagen				
einzelne Maßnahmen	0	0	0	0
Verpflichtungsermächtigung	0	0	0	0
pauschal veranschlagt	0	0	0	0
Teilsumme	0	0	0	0
c) Betriebs- und Geschäftsausstattung				
einzelne Maßnahmen (siehe ges. Aufstellung)	-719.741	-1.160.000	-90.000	-1.250.000
Verpflichtungsermächtigung	0	0	0	0
Fahrzeuge	-8.300	0	0	0
pauschal veranschlagt	-270.558	-353.000	-47.000	-400.000
Teilsumme	-998.599	-1.513.000	-137.000	-1.650.000
12. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
13. - Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-194.695	-226.000	-29.000	-255.000
einzelne Maßnahmen	0	-125.000	0	-125.000
pauschal veranschlagt	-194.695	-101.000	-29.000	-130.000
14. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	2.488.000	-1.614.000	874.000
Abgang von Anteilen	0	0	0	0
Abgang von Wertpapieren/Festgeldern	0	2.488.000	-1.614.000	874.000
Abgang von Rückdeckungsansprüchen	0	0	0	0
Abgang von sonstigen Finanzanlagen	0	0	0	0
15. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-59.500	0	0	0
Zugang von Beteiligungen	0	0	0	0
Zugang von Wertpapieren/Festgeldern	0	0	0	0
Zugang von Rückdeckungsansprüchen	0	0	0	0
Zugang von sonstigen Finanzanlagen	-59.500	0	0	0
<b>16. = Plan-Cashflow aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-8.654.745</b>	<b>-33.801.000</b>	<b>12.220.000</b>	<b>-21.581.000</b>
17. + Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten und aus Investitionszuschüssen	0	3.000.000	-3.000.000	0
a) Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	0	0	0	0
Investitionskredite	0	3.000.000	-3.000.000	0
Kassenkredite	0	0	0	0
Teilsumme Kreditaufnahme	0	3.000.000	-3.000.000	0
b) Einzahlungen aus erhaltenen Investitionszuschüssen	0	0	0	0
18. - Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-)Krediten	0	0	0	0
Investitionskredite	0	0	0	0
Kassenkredite	0	0	0	0
<b>19. = Plan-Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>0</b>	<b>3.000.000</b>	<b>-3.000.000</b>	<b>0</b>
<b>20. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes</b>	<b>-22.569.888</b>	<b>-45.654.000</b>	<b>822.200</b>	<b>-44.831.800</b>
(Summe der Zeilen 9, 16 und 19)				
<i>Positionen 21. - 22. entfallen im Plan</i>				

## Anlage 6

**Anlage Investitionsplanung zur Anlage zum Finanzplan**

Investitionsübersicht - Einzelmaßnahmen (in Euro)		Plan 2017	Plan 2017 Nachtrag	Plan 2017 inkl. Nachtrag
<i>Position 11 a) Grundstücke und Gebäude</i>				
Maßnahme	E/P*)	Betrag	Betrag	Betrag
Sanierung Max-Joseph-Str. Rosenheimerstraße	E	33.000.000,00 €	- 14.000.000,00 €	19.000.000,00 €
	E	1.550.000,00 €	- €	1.550.000,00 €
	E			- €
	E			- €
Pauschal veranschlagt	P	- €	- €	- €
Summe		34.550.000,00 €	- 14.000.000,00 €	20.550.000,00 €
Summe Einzelmaßnahmen		34.550.000,00 €	- 14.000.000,00 €	20.550.000,00 €
Summe Pauschal veranschlagt		- €	- €	- €
Summe Gesamt		34.550.000,00 €	- 14.000.000,00 €	20.550.000,00 €
<i>Position 11 c) Betriebs- und Geschäftsausstattung</i>				
Maßnahme	E/P*)	Betrag	Betrag	Betrag
Neu/Ersatz Netzwerkkomponenten (eShelter, OST)	E	100.000,00 €	- 100.000,00 €	- €
Neu/Ersatz FTTO-Switche (OST)	E	410.000,00 €	190.000,00 €	600.000,00 €
Neu/Ersatz Server/Blades incl. Bladecenter IT	E	200.000,00 €	150.000,00 €	350.000,00 €
Neu/Ersatz Server/Blades Erweiterung DMS	E	150.000,00 €	- 150.000,00 €	
Neu/Ersatz PC/TC	E	300.000,00 €	- €	300.000,00 €
Pauschal veranschlagt	P	353.000,00 €	47.000,00 €	400.000,00 €
Summe		1.513.000,00 €	137.000,00 €	1.650.000,00 €
Summe Einzelmaßnahmen	E	1.160.000,00 €	90.000,00 €	1.250.000,00 €
Summe Pauschal veranschlagt	P	353.000,00 €	47.000,00 €	400.000,00 €
Summe Gesamt		1.513.000,00 €	137.000,00 €	1.650.000,00 €
<i>Position 13) Immaterielles Anlagevermögen</i>				
Maßnahme	E/P*)	Betrag	Betrag	Betrag
Lizenerweiterung DMS	E	125.000,00 €		125.000,00 €
	E			
Pauschal veranschlagt	P	101.000,00 €	29.000,00 €	130.000,00 €
Summe		226.000,00 €	29.000,00 €	255.000,00 €
Summe Einzelmaßnahmen	E	125.000,00 €	- €	125.000,00 €
Summe Pauschal veranschlagt	P	101.000,00 €	29.000,00 €	130.000,00 €
Summe Gesamt		226.000,00 €	29.000,00 €	255.000,00 €
*) E= Einzelmaßnahme, P = Pauschal veranschlagt				
Gesamt		36.289.000,00 €	- 13.834.000,00 €	22.455.000,00 €

## Kosten- und Finanzierungsübersicht Projekt Generalsanierung Stammhaus Max-Joseph-Straße

(Rechtsgrundlage: § 8 Finanzstatut i.V. mit den Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts)

Die Entwicklung und der Fortgang des Projekts stellen sich beginnend mit dem 16.03.2011 wie folgt dar:

In ihrer Sitzung am 16.03.2011 hatte die Vollversammlung für die Baumaßnahme „Generalsanierung des Stammhauses Max-Joseph-Straße“ einen Bauwirtschaftsplan beschlossen. Die Beschlussfassung war auf Basis vorhergehender Beschlüsse des Präsidiums sowie des Bau- und Haushaltsausschusses, jeweils auf Grundlage umfangreicher Beschlussvorlagen, erfolgt. Die Sanierungskosten waren ursprünglich mit einem Kostenrahmen von brutto 72,9 Mio. € festgelegt. Diese setzten sich zusammen aus:

- (1) der detaillierten Kostenberechnung des zum damaligen Zeitpunkt beauftragten Generalplaners Obermeyer Planen + Beraten GmbH, München, der konkrete Mengen und Einheitspreise (Stand Januar 2011) zugrunde gelegt waren. Der Wertansatz der Kostenberechnung betrug inklusive Nebenkosten und eines Aufschlags für Bauen im Bestand brutto 58,1 Mio. €;
- (2) einer kalkulatorischen jährlichen Preissteigerungsrate von 3 Prozent für die Bauzeit von fünf Jahren auf Baukosten und Ausstattung, zusammen brutto 5,0 Mio. €;
- (3) einem Puffer für aus damaliger Sicht unvorhersehbare Kostenentwicklungen in Höhe von brutto 10,0 Mio. €, die nur mit gesonderter Zustimmung des Bau- und Haushaltsausschusses freigegeben werden und nicht zur Finanzierung von Baumaßnahmen zur Verfügung stehen, die quantitativ und/oder qualitativ über die in der Kostenberechnung berücksichtigten Positionen hinausgehen.

Die geplanten Gesamtkosten stellten sich ursprünglich wie folgt dar:

<u>Gewerke</u>	<u>Plan €</u>
Herrichtung und Erschließung	-
Bauwerk/Konstruktion	23.950.525
Bauwerk/Technische Anlagen	16.095.748
Außenanlagen	-
Ausstattung	1.208.003
Baunebenkosten	9.282.212
Risikozuschlag für Bauen im Bestand	7.399.274
Risikozuschlag für Preissteigerungen	4.964.238
Unvorhergesehenes	10.000.000
Gesamtsumme	72.900.000

Diese Gesamtsumme sollte sich gemäß ursprünglichem Bauwirtschaftsplan zu 63 Prozent (45.932.780 €) auf zu aktivierende Kosten und zu 37 Prozent (26.967.220 €)

auf Erhaltungsaufwand verteilen. Die prozentuale Verteilung war auf der Basis der zuordenbaren (investiv versus Aufwand) Kostengruppen erfolgt. Nach fristloser Kündigung der zunächst beauftragten Obermeyer Planen + Beraten GmbH, München, hat die IHK mit Vertrag vom 07. Mai 2014 die Anderhalten Architekten Gesellschaft von Architekten mbH (nachfolgend: Anderhalten), Berlin, mit der Fortführung der Generalplanung für den Umbau und die Renovierung des Stammhauses der IHK beauftragt. Die auf der Sitzung der Vollversammlung am 15.07.2015 vorgestellte Entwurfsplanung des neuen Generalplaners Anderhalten sieht ein Gesamtbudget für die Generalsanierung in Höhe von 75,2 Mio. € vor:

(1) (reine) Baukosten inkl. Fassadensanierung:	47,4 Mio. €
(2) Baunebenkosten in Höhe von	17,9 Mio. €
(3) Preissteigerungen (von Juli 2015 bis Juni 2018):	2,5 Mio. €
(4) Zuschlag für Unvorhergesehenes:	6,8 Mio. €

Entwurfsplanung und zugrunde liegende Kostenberechnung waren zuvor von dem mit der Leitung und Steuerung des Projektes beauftragten Projektmanager überprüft worden. Die Vollversammlung hat daraufhin am 15.07.2015 die Fortsetzung der Generalsanierung des IHK-Stammhauses auf Basis dieser geprüften Entwurfsplanung mit einem Gesamtbudget von 75,2 Mio. € und einem geplanten Nutzungsbeginn im Juni 2018 beschlossen. Zusätzlich dazu hat die Vollversammlung für die aktive Kühlung der Büro- und Beratungszonen ein Budget von weiteren 650 T€ brutto (in obiger Kostenberechnung nicht enthalten) freigegeben. Die Kosten der Erstausrüstung des generalsanierten Stammhauses (3,23 Mio. €) wurden in Abweichung zum ursprünglichen Bauwirtschaftsplan aus 2011 gemäß üblichen Standards gesondert erfasst und separat budgetiert. Ebenfalls divergierend zum ursprünglichen Bauwirtschaftsplan werden die Kosten für die Generalsanierung seit dem Geschäftsjahr 2015 nunmehr ausschließlich dem investiven Bereich zugeordnet. Insgesamt stellen sich die geplanten Baukosten (nach DIN 276) in der Fassung der am 07.12.2016 im Rahmen der Beschlussfassung über die Nachtrags-Wirtschaftssatzung/Nachtrags-Wirtschaftsplan 2016 aktualisierten Kosten- und Finanzierungsübersicht (gemäß § 8 FS in Verbindung mit den RFS) für das Bauvorhaben wie folgt dar:

Gewerke	Plan €
Herrichtung und Erschließung	1 03.826
Bauwerk/Baukonstruktion	35.472.265
Bauwerk/Technische Anlagen	11.582.663
Außenanlagen	891.246
Ausstattung und Kunstwerke	-
Baunebenkosten	17.900.000
Risikozuschlag für Preissteigerungen	2.500.000
Unvorhergesehenes	6.800.000
Gesamtsumme	75.250.000

Das oben dargestellte neue Gesamtbudget bezieht sich auf den Verantwortungszeitraum des Generalplaners Anderhalten. Die unter dem ehemaligen Generalplaner angefallenen Gesamtkosten sind infolge bestrittener Schlussrechnung

und geltend gemachter Schadensersatzansprüche der IHK derzeit nicht eindeutig bestimmbar. Sie wurden zuvor in der Vollversammlung vom 14.11.2014 auf einen Mittelwert von rd. € 14 Mio. geschätzt. Diese taxierten Kosten wurden von der IHK gemäß dem ursprünglichen Bauwirtschaftsplan in Höhe von 37 Prozent aufwandswirksam erfasst und die übrigen Kosten als dem Herstellungsvorgang zuzurechnende Kosten zunächst unter den Anlagen im Bau erfasst. Die Finanzierung der Generalsanierung Max-Joseph-Straße sollte gemäß Beschluss der Vollversammlung vom 16.11.2011 ursprünglich vollständig aus Eigenmitteln in Form des bis einschließlich 2014 gebildeten Gewinnvortrags und zweckentsprechender Rücklagen erfolgen. Diese waren vollständig durch liquide Mittel unterlegt. Der Finanzierungsplan sah ursprünglich zunächst bis Herbst 2013 den Verbrauch der Gewinnvorträge (32,4 Mio. €) vor. Anschließend sollten die Ausgaben aus der Liquiditätsrücklage (22,7 Mio. €) und der Instandhaltungsrücklage (17,8 Mio. €) finanziert werden. In der Folge wurde die Liquiditätsrücklage jedoch gemäß Nachtrags-Wirtschaftsplan 2011 aufgelöst und die finanziellen Mittel (22,7 Mio. €) der damaligen Instandhaltungsrücklage Max-Joseph-Straße zugeführt. Im Zusammenhang mit der rückwirkenden Änderung der Wirtschaftssatzung für das Geschäftsjahr 2011 hat die Vollversammlung zudem am 15.04.2015 beschlossen, den im Nachtrags-Wirtschaftsplan 2011 für das Geschäftsjahr 2011 bislang ausgewiesenen Ergebnisvortrag zusammen mit dem Jahresüberschuss 2011 in Höhe eines Teilbetrages von 32,4 Mio. € der neudefinierten Rücklage zur Generalsanierung Max-Joseph-Straße zuzuführen. Darüber hinaus wurde von der Vollversammlung in o.g. Sitzung eine Bauwirtschaftssatzung für die Generalsanierung Max-Joseph-Straße zur Ersetzung der am 16.03.2011 ursprünglich beschlossenen Bauwirtschaftssatzung verabschiedet. Danach erfolgt die Finanzierung der Baumaßnahme nunmehr vollständig aus der zweckgebundenen Finanzierungsrücklage für die Generalsanierung Max-Joseph-Straße. Zur Finanzierung der Generalsanierung ist eine Rücklage gebildet, die sich zum 31.12.2016 auf 66.430 T€ beläuft. Sie bleibt bis zum geplanten Bauabschluss in 2018 zunächst in unverminderter Höhe bestehen, um dann in Höhe der jährlich anfallenden Abschreibungen ratierlich aufgelöst zu werden. Infolge von erheblichen Beitragssenkungen ab 2015 (Senkung des Umlagehebesatzes von zuvor 0,150 auf 0,050 Prozent) und damit einhergehender Liquiditätsabflüsse ist die Finanzierungsrücklage perspektivisch nicht mehr durch liquide Mittel unterlegt. Ab 2018 ist deshalb vorgesehen, auf die Erhöhung der zweckgebundenen Finanzierungsrücklage mittels Beitragserhöhung zu verzichten und stattdessen Fremdmittel zur Finanzierung einzusetzen.

## Anlage 6a

Baukosten (nach DIN 276)	Kostenprognose Mittelwert (in €) Generalplaner Obermeyer Planen + Beraten (2011 bis 04/2015)	Position Plan-GuV	Position Finanz- /Investitions plan
Kosten	14.000.000	10	11a

Baukosten (nach DIN 276)	Kostenprognose (in €) Generalplaner Anderhalten Architekten (ab 05/2015)	Voraussichtlicher Jahresbetrag <sup>2)</sup>								Position Plan-GuV	Position Finanz- /Investitionsplan
		2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021		
Baugrundstück	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	11a
Herrichten und Erschließung	103.826	0	0	99.000	0	0	0	0	0	-	11a
Bauwerk / Baukonstruktion	35.472.265	0	214.241	3.543.000	12.800.000	17.350.000	7.000.000	3.267.746	0	-	11a
Bauwerk/Technische Anlagen	11.582.663	0	0	29.000	2.500.000	8.000.000	0	0	0	-	11a
Außenanlagen	891.246	0	0	0	0	900.000	0	0	0	-	11a
Ausstattung und Kunstwerke	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	11a
Baunebenkosten	17.900.000	1.693.947	4.904.066	3.724.000	3.700.000	2.775.000	2.750.000	0	0	-	11a
Preissteigerung <sup>1)</sup>	2.500.000	0	0	0	0	0	0	0	0	-	11a
Unvorhergesehenes <sup>1)</sup>	6.800.000	0	0	0	0	0	0	0	0	-	11a
<b>Kosten</b>	<b>75.250.000</b>	<b>1.693.947</b>	<b>5.118.307</b>	<b>7.395.000</b>	<b>19.000.000</b>	<b>29.025.000</b>	<b>9.750.000</b>	<b>3.267.746</b>	<b>0</b>		
<b>Gesamtkosten</b>	<b>89.250.000</b>										

Zu 1) Die Positionen "Preissteigerung" und "Unvorhergesehenes" werden den Kostengruppen zugeordnet.

Zu 2) Bei den Jahresbeträgen 2014 bis 2016 handelt es sich um Istwerte. Die Jahresbeträge ab 2017 basieren auf Kostenprognosen, die auf Basis der Vergabeergebnisse sowie der Zuordnung der Positionen „Preissteigerung“ und „Unvorhergesehenes“ ermittelt werden. Da die Jahresbeträge sich demnach aus Istwerten und aktualisierten Planwerten zusammensetzen, stimmen die Quersummen in logischer Konsequenz nicht mit der Kostenprognose der einzelnen Gewerke überein.

Finanzierung	Gesamt in € Mittelwert (in €) Generalplaner Obermeyer Planen + Beraten (2011 bis 04/2015)	Position Plan-GuV	Position Finanz- /Investitions plan
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	5.180.000	-	9
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	8.820.000	-	16
<b>Kosten</b>	<b>14.000.000</b>		

Finanzierung	Gesamt in € Generalplaner Anderhalten Architekten (ab 05/2015)	Voraussichtlicher Jahresbetrag								Position Plan-GuV	Position Finanz- /Investitionsplan
		2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021		
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	9
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	50.750.000	1.693.947	5.118.307	7.395.000	19.000.000	17.542.746	0	0	0	-	16
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	24.500.000	0	0	0	0	11.482.254	9.750.000	3.267.746	0	-	17
- Kredite	24.500.000	0	0	0	0	11.482.254	9.750.000	3.267.746	0	-	17a
- Investitionszuschüsse	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	17b
<b>Kosten</b>	<b>75.250.000</b>	<b>1.693.947</b>	<b>5.118.307</b>	<b>7.395.000</b>	<b>19.000.000</b>	<b>29.025.000</b>	<b>9.750.000</b>	<b>3.267.746</b>	<b>0</b>		
<b>Gesamtkosten</b>	<b>89.250.000</b>										

Zur Finanzierung der Generalsanierung des IHK-Stammhauses in der Max-Joseph-Straße ist eine Rücklage in Höhe von 66.400 T€ gebildet. Sie ist infolge substanzieller Beitragssenkungen gemäß Finanzstatut-Regularien (Verwendung Gewinnvorträge sowie Auflösung nicht mehr benötigter zweckgebundener Rücklagen) zum 31.12.2017 nicht mehr vollständig durch Liquidität gedeckt. Auf eine beitragsfinanzierte Erhöhung der zweckgebundenen Finanzierungsrücklage wird verzichtet, stattdessen werden ab 2018 Fremdmittel zur Finanzierung eingesetzt.

## Kosten- und Finanzierungsübersicht Projekt Rosenheimer Straße

(Rechtsgrundlage: § 8 Finanzstatut i.V. mit den Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts)

Baukosten (nach DIN 276)	Plankosten Gesamt in €	Voraussichtlicher Jahresbetrag			Position Plan-GuV	Position Finanz- /Investitionsplan
		2017	2018	2019		
Baugrundstück	0	0	0	0		11a
Herrichtung und Erschließung	0	0	0	0		11a
Bauwerk / Konstruktion	2.465.000	40.000	1.710.000	715.000		11a
Bauwerk / Technische Anlagen	2.705.000	545.000	1.080.000	1.080.000		11b
Außenanlagen	30.000	0	0	30.000		11a
Ausstattung	65.000	0	15.000	50.000		11c
Baunebenkosten	1.340.000	725.000	435.000	180.000		11
Unvorhergesehenes	0	0	0	0		11
Preissteigerungen	0	0	0	0		11
<b>Summe Mietereinbauten</b>	<b>6.605.000</b>	<b>1.310.000</b>	<b>3.240.000</b>	<b>2.055.000</b>		
Ausstattung	2.895.000	240.000	60.000	2.595.000		11b
<b>Summe Investitionsmaßnahmen</b>	<b>9.500.000</b>	<b>1.550.000</b>	<b>3.300.000</b>	<b>4.650.000</b>		

Die voraussichtlichen Jahresbeträge basieren auf Kostenprognosen der externen Projektsteuerung auf Basis des Kostenbudgets (Stand: 04.10.2017).

Finanzierung	Gesamt in €	Voraussichtlicher Jahresbetrag			Position Plan-GuV	Position Finanz- /Investitionsplan
		2017	2018	2019		
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	0	0	0	0		9
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	0	1.550.000	-1.550.000	0		16
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	9.500.000	0	4.850.000	4.650.000		17
- Kredite	9.500.000	0	4.850.000	4.650.000		17a
- Investitionszuschüsse	0	0	0	0		17b
<b>Finanzierung gesamt</b>	<b>9.500.000</b>	<b>1.550.000</b>	<b>3.300.000</b>	<b>4.650.000</b>		

Zur Finanzierung der Mietereinbauten ist eine Rücklage in Höhe von 9.500 T€ gebildet. Sie ist infolge substanzieller Beitragssenkungen gemäß Finanzstatut-Regularen (Verwendung Gewinnvorträge sowie Auflösung nicht mehr benötigter zweckgebundener Rücklagen) zum 31.12.2017 nicht durch Liquidität gedeckt. Die damit verbundenen Investitionsausgaben werden vollständig kreditfinanziert.

## Anlage 7

## Personalübersicht

IHK Gesamt	2016 Ist (nachrichtlich)		2017 Plan (07.12.2017)		2017 Nachtrag			2017 Plan inkl. Nachtrag	
	besetzte Stellenkapazität	Gehälter in T€	genehmigte Stellenkapazität	Gehälter in T€	genehmigte Stellenkapazität für 2016	besetzte Stellenkapazität	Gehälter in T€	genehmigte Stellenkapazität für 2016	Gehälter in T€
HGF / stv. HGF	3,0	665	3,0	668	3,0	3,0	661	0,0	-7,0
Geschäftsführer IHK Akademie gGmbH	0,0	0	0,0	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0
Bereichsleiter	6,0	831	6,0	879	6,0	6,0	856	0,0	-23,0
Abteilungsleiter	5,8	641	6,8	874	6,8	6,8	860	0,0	-14,0
Referatsleiter RL 1 - RL 3	44,5	3.989	46,1	4.114	45,5	44,1	3.984	-0,6	-130,0
Band G - I	161,6	10.330	176,1	10.714	176,7	160,0	10.444	0,6	-270,0
Band D - F	209,5	9.706	228,2	10.167	231,3	213,5	10.037	3,1	-130,0
Band A - C	38,4	1.339	43,3	1.349	39,2	37,8	1.250	-4,1	-99,0
Auszubildende	19,0	189	21,0	195	22,0	22,0	192	1,0	-3,0
	<b>487,8</b>	<b>27.690</b>	<b>530,5</b>	<b>28.960</b>	<b>530,5</b>	<b>493,3</b>	<b>28.284</b>	<b>0,0</b>	<b>-676</b>

davon BIHK	2016 Ist (nachrichtlich)		2017 Plan (07.12.2017)		2017 Nachtrag			2017 Plan inkl. Nachtrag	
	besetzte Stellenkapazität	Gehälter in T€	genehmigte Stellenkapazität	Gehälter in T€	genehmigte Stellenkapazität für 2016	besetzte Stellenkapazität	Gehälter in T€	genehmigte Stellenkapazität für 2016	Gehälter in T€
Referatsleiter RL 1 - RL 3	1,0	24	1,0	79	1,0	1,0	78,0	0,0	-1,0
Band G - I	6,3	454	9,5	519	7,5	6,2	437,0	-2,0	-82,0
Band D - F	1,9	52	2,4	99	2,1	1,8	94,0	-0,3	-5,0
	<b>9,2</b>	<b>506,0</b>	<b>12,9</b>	<b>697,0</b>	<b>10,6</b>	<b>9,0</b>	<b>609,0</b>	<b>-2,3</b>	<b>-88,0</b>

davon Integrationspakt*	2016 Ist (nachrichtlich)		2017 Plan (07.12.2017)		2017 Nachtrag			2017 Plan inkl. Nachtrag	
	besetzte Stellenkapazität	Gehälter in T€	genehmigte Stellenkapazität	Gehälter in T€	genehmigte Stellenkapazität für 2016	besetzte Stellenkapazität	Gehälter in T€	genehmigte Stellenkapazität für 2016	Gehälter in T€
Band G - I	0,0	0	0,0	0	0,0	1,0	62	0,0	62,0
Band D - F	7,0	166	7,0	347	7,0	5,5	290	0,0	-57,0
	<b>7,0</b>	<b>166,0</b>	<b>7,0</b>	<b>354,0</b>	<b>7,0</b>	<b>6,5</b>	<b>352,0</b>	<b>0,0</b>	<b>5,0</b>

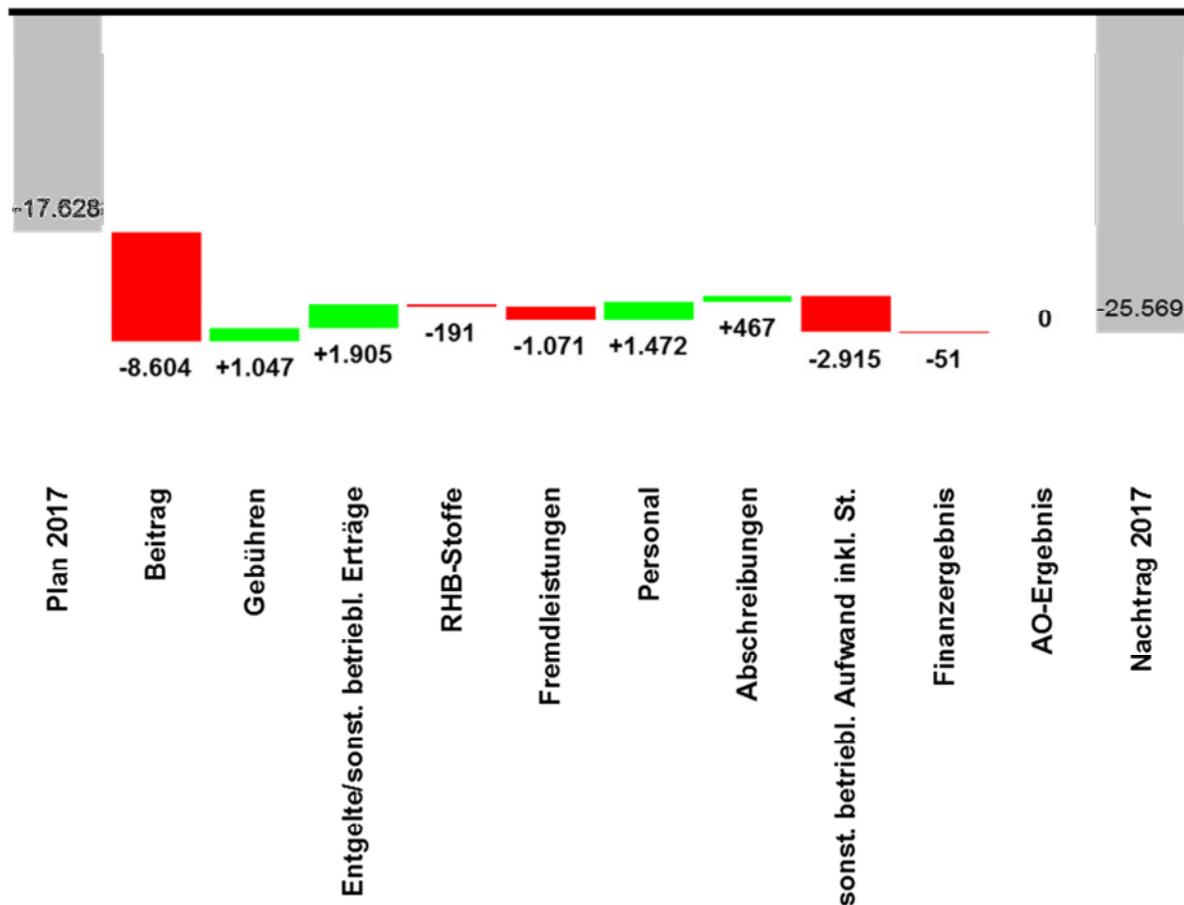
\*Budget in Höhe von 5.000 T€ pauschal für Sach- und Personalkosten in der Vollversammlung am 08.12.2015 genehmigt

## Erläuterungen zum Nachtrag zur Plan-GuV 2017

Die Hochrechnung für das Jahr 2017 führt im Ergebnis zu einem Jahresfehlbetrag von -25.569 T€. Im Vergleich zur Planung 2017 mit -17.628 T€ verschlechtert sich das Jahresergebnis um -7.941 T€.

Die Veränderungen ergeben sich wie folgt:

**Veränderungen Hochrechnung/Nachtrag 2017 gegenüber Planung 2017 in T€  
(+ = Ergebnisverbesserung, - = Ergebnisverminderung):**



### Position 1: Erträge aus IHK-Beiträgen

Die Grundbeiträge bleiben unverändert. Die Umlage bleibt für 2017 stabil und beträgt 0,060 Prozent bezogen auf den Gewerbeertrag.

Für das laufende Geschäftsjahr werden Erträge aus IHK-Beiträgen in Höhe von 46.978 T€ erwartet. Während sich die Beiträge des laufenden Jahres mit + 934 T€ positiv entwickeln, bleiben die der Vorjahre um -9.538 T€ deutlich hinter den Erwartungen zurück. Insgesamt wird eine Abweichung von -8.604 T€ prognostiziert.

### Position 2: Erträge aus Gebühren

Aus den hoheitlichen Aufgaben der IHK ergeben sich **Erträge aus Gebühren** folgender Art:

	Ist 2016	Plan 2017	Nachtrag 2017
Berufsausbildungsgebühren	4.932	4.977	4.890
Fortbildungsgebühren	5.201	4.950	5.451
Sonstige Gebühren	2.488	2.073	2.706
<b>Gebühren</b>	<b>12.621</b>	<b>12.000</b>	<b>13.047</b>

#### Berufsausbildung:

Die Situation am Ausbildungsmarkt im IHK-Bezirk ist für 2017 leicht rückläufig, bleibt aber immer noch auf hohem Niveau.

#### Fortbildung:

Die Nachfrage nach Fortbildungs-, Sach- und Fachkundeprüfungen sowie Unterrichtsverfahren hält unvermindert an. Die positive Abweichung resultiert im Wesentlichen aus Mehrträgen bei Ausbilder- und Sachkundeprüfungen.

#### Erträge aus Sonstigen Gebühren:

In diesem Bereich werden Ursprungszeugnisse und Bescheinigungen im internationalen Warenverkehr, Sachverständigenbestellung sowie Registrierung und Zulassung von Versicherungs-, Finanzanlage- und Immobiliendarlehensvermittlern zusammengefasst. Die Zuwächse sind im Wesentlichen auf zusätzliche Erträge durch die Registrierung von Immobiliendarlehensvermittlern sowie Zunahmen bei den Finanzanlagevermittlern zurückzuführen.

**Position 3: Erträge aus Entgelten**

	Ist 2016	Plan 2017	Nachtrag 2017
Verkaufserlöse	327	342	318
Seminare und Veranstaltungen	4.553	4.385	4.545
Sonstige Entgelte	687	673	663
<b>Entgelte</b>	<b>5.567</b>	<b>5.400</b>	<b>5.526</b>

Die Umsätze aus Verkaufserlösen, Entgelten aus Seminaren und Veranstaltungen sowie Sonstigen Entgelten bleiben gegenüber der ursprünglichen Planung weitgehend unverändert.

**Position 6: Sonstige betriebliche Erträge**

	Ist 2016	Plan 2017	Nachtrag 2017
Nebenerlöse	3.203	2.442	3.626
Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	1.165	773	633
Erträge aus Erstattungen	3.045	3.319	3.625
Werterhöhungen des Anlage-/Umlaufvermögens	371	0	0
Abgang von Vermögensgegenständen	3	0	4
Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse	437	366	366
Auflösung von Rückstellungen	652	690	690
Periodenfremde Erträge	542	378	323
Sonstige Erlöse	446	32	512
<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	<b>9.864</b>	<b>8.000</b>	<b>9.779</b>

Die Sonstigen betrieblichen Erträge werden die Planung voraussichtlich um 1.779 T€ übertreffen und einen Wert von 9.779 T€ erreichen. Wesentliche Veränderungen ergeben sich bei den nachfolgend aufgeführten Positionen.

**Nebenerlöse:**

Gegenüber der ursprünglichen Planung wird mit Mehrerlösen in Höhe von 1.148 T€ gerechnet, die im Wesentlichen auf zusätzliche Mieterlöse aus der Vermietung von Büro- und Seminarräumen, vor allem an die IHK Gesellschaft für Berufs- und Weiterbildung mbH in München und in den Regionalgeschäftsstellen, resultieren.

## Erträge aus öffentlichen Zuwendungen

Die Abweichung resultiert im Wesentlichen aus den Fördermittelprojekten im Bereich Berufsbildung, wie z.B. die Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, für die der Mittelabruf geringer ausfiel als ursprünglich geplant.

### Erträge aus Erstattungen:

Darunter fallen Erstattungen von Sozialversicherungsträgern, Zuwendungen aus dem EU-Projekt „Enterprise Europe Network“ sowie aus Personal- und Sachmittelgestellung. Insgesamt wird ein Anstieg von 306 T€ (ca. 10 Prozent) gegenüber dem Planansatz erwartet.

### Periodenfremde Erträge:

Die Erträge resultieren überwiegend aus der Teilerstattung des Mitgliedsbeitrags für den BIHK e.V. für nicht verausgabte Projektmittel.

### Sonstige Erlöse:

Unter dieser Position werden u.a. Schadenersatzzahlungen aus Versicherungen vereinnahmt. Für 2017 werden Zahlungen der Gebäudeversicherung in Höhe von ca. 650 T€ zur Abwicklung des Brandschadens in der Orleansstraße erwartet.

## Position 7: Materialaufwand

	Ist 2016	Plan 2017	Nachtrag 2017
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.540	2.475	2.667
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	14.268	14.025	15.096
davon:			
- Prüferentschädigung	4.109	4.444	4.133
- Honorare	2.586	2.740	2.894
- Catering	1.109	1.055	1.239
- Druckleistungen	413	623	404
- Miete	1.635	1.256	1.726
- Sonstige Einsatzkosten	4.562	4.408	4.698
<b>Materialaufwand</b>	<b>16.808</b>	<b>16.500</b>	<b>17.763</b>

Der ursprüngliche Planansatz für Materialaufwand von 16.500 T€ wird sich im Nachtrag voraussichtlich um 1.263 T€ auf 17.763 T€ erhöhen. Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden voraussichtlich um 191 T€, die für bezogene Leistungen um 1.071 T€ ansteigen. Die Mehraufwendungen sind zum Teil auf die gestiegene Nachfrage nach Seminaren im Weiterbildungsbereich zurückzuführen (siehe Position 3), wodurch die Honorare für Trainer/Dozenten um 154 T€ sowie für Catering um 184 T€ höher ausfallen werden. Daneben werden zusätzli-

che Mietaufwendungen durch weiterhin notwendige Anmietungen von externen Räumen für Prüfungen (Ursache: Sanierungs- und Baumaßnahmen an den Standorten Balanstr. und Rosenheimer Str.) erforderlich. Diesen Mehraufwendungen stehen höhere Erträge aus Fortbildungsgebühren und Sonstigen Gebühren gegenüber.

### Position 8: Personalaufwand

	Ist 2016	Plan 2017	Nachtrag 2017
- Gehälter inkl. Aushilfen und Sachbezüge	28.795	30.000	29.177
davon:			
- Gehälter	27.690	28.960	28.284
- Ausbildungsvergütung	184	195	195
- Sozialabgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	10.257	10.200	9.551
<b>Personalaufwand</b>	<b>39.052</b>	<b>40.200</b>	<b>38.728</b>

Der Personalaufwand im Nachtrag 2017 verringert sich gegenüber dem Planansatz um 1.472 T€.

Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter inkl. Aushilfen und Sachbezüge liegen um 823 T€ unter dem Planansatz. Die Gehälter unterschreiten den Planwert um 676 T€, was hauptsächlich auf unterjährig nicht besetzte Stellen (Anzahl 27,2) zurückzuführen ist

Die Sozialabgaben und Altersversorgungsaufwendungen verringern sich um 49 T€ bzw. 698 T€. Die Ausgaben für Pensions-/Unterstützungskasse sinken um 720 T€.

Die für die Erfüllung der Aufgaben des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages (BIHK e.V.) vorgehaltenen Kapazitäten von 9,0 VZÄ werden anteilig (ca. 49 Prozent) dem BIHK in Rechnung gestellt.

**Position 9: Abschreibungen**

	Ist 2016	Plan 2017	Nachtrag 2017
Immaterielle Vermögensgegenstände	201	355	438
Gebäude und Gebäudeeinrichtungen	249	309	258
Außenanlagen	41	0	0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	420	1.340	1.251
geringwertige Wirtschaftsgüter	596	996	586
<b>Abschreibungen</b>	<b>1.507</b>	<b>3.000</b>	<b>2.533</b>

Die Abweichung resultiert aus unzutreffenden Planungsannahmen insbesondere im Bereich der geringwertigen Wirtschaftsgüter. Die Abschreibungen werden voraussichtlich um ca. 467°T€ geringer als geplant sein.

**Position 10: Sonstige betriebliche Aufwendungen**

	Ist 2016	Plan 2017	Nachtrag 2017
- Sonstige Personalaufwendungen	1.416	1.580	1.039
- Dienstleistungen	15.108	14.834	16.491
- Kommunikation und laufender Betrieb	5.640	4.697	4.963
- Mitgliedschaften und sonstige Aufwendungen	14.359	16.689	18.212
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<b>36.523</b>	<b>37.800</b>	<b>40.705</b>

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhen sich im Nachtrag 2017 gegenüber der ursprünglichen Planung um 2.905 T€ auf 40.705 T€.

Die Sonstigen Personalaufwendungen fallen aufgrund niedrigerer Aufwendungen für Rückdeckungsversicherungen für Pensionsverpflichtungen geringer aus als geplant. In allen anderen Bereichen sind Mehraufwendungen zu verzeichnen.

Bei den **Dienstleistungen** werden die Budgets für IT-Leistungen, Support und Wartung sowie Rechts- und Beratungskosten voraussichtlich um insgesamt 1.657 T€ überschritten. Ebenso liegen die Aufwendungen für Kommunikation und laufenden Betrieb sowie die sonstigen Aufwendungen, vor allem für pauschal geplante Projekte, über den Erwartungen. Die Mehrkosten im sonstigen betrieblichen Aufwand resultieren insbesondere aus deutlich höheren Kosten für Instandhaltung, v. a. die

kostenintensivere passive Netzwerkverkabelung sowie zusätzliche Wertberichtigungen bei den Beitragsforderungen.

### Positionen 11 bis 15: Finanzergebnis

	Ist 2016	Plan 2017	Nachtrag 2017
- Erträge aus Beteiligungen			
- Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Anlagevermögens	462	300	300
- Zinsen und ähnliche Erträge	84	0	3
- Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	60	48	50
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.134	1.248	1.300
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-648</b>	<b>-996</b>	<b>-1.047</b>

Die **Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Anlagevermögens** sowie die Zinsen werden planmäßig anfallen. Die Aufwendungen betreffen hauptsächlich die Aufzinsung der Pensionsrückstellungen.

### Position 22: Entnahmen aus den Rücklagen

#### Ausgleichsrücklage

Planmäßig waren Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage in Höhe von 2.488 T€ vorgesehen. Zum Ausgleich der Plan-GuV werden im Nachtrag zum Wirtschaftsplan 1.614 T€ zugeführt. Es ergibt sich eine Nettoentnahme von 874 T€. Der Stand der Ausgleichsrücklage wird somit zum 31.12.2017 31.708 T€ (31,3 Prozent der geplanten Aufwendungen) betragen.

#### Finanzierungsrücklage Bildungszentrum München

Die Vollversammlung hat mit Beschluss vom 01.07.2014 die Hauptgeschäftsführung beauftragt, Verhandlungen zur langfristigen Anmietung von Büro- und Seminarflächen mit dem künftigen Erwerber des Grundstücks Rosenheimer Straße 110 – 112 (ehem. Holzkontor Grombach) in der Größenordnung von bis zu 10.000 qm zu führen. Am 08.12.2015 bevollmächtigte die Vollversammlung Präsident und Hauptgeschäftsführer zum Abschluss eines Mietvertrages. Beschlussgemäß wird die vorhandene Finanzierungsrücklage Bau eines neuen Bildungszentrums in München bei Erfüllung der Bedingungen „Abschluss eines Mietvertrags“ (unterzeichnet am 11.12.2015, jedoch noch unter auflösender Bedingung einer Baugenehmigung) und Baustatus „Gebäude dicht“ für das Mietobjekt aufgelöst. Der beabsichtigte Grundstückserwerb in München (Rosenheimer Straße 110-112) wurde zugunsten einer Mietlösung an diesem Standort aufgegeben. Der zwischen der IHK und dem Grundstückseigentümer abgeschlossene Mietvertrag beinhaltet ein beiderseitiges

Rücktrittsrecht der Mietvertragsparteien bis zum 30.07.2017, das durch das Vorliegen einer wirksamen Baugenehmigung auflösend bedingt ist. Mit Erteilung der Baugenehmigung für das Grundstück am 02.03.2017 und dem Erlöschen des Rücktrittsrechtes verfügt die IHK nunmehr jedoch über eine rechtsgesicherte Mieterposition. Angesichts des Baufortschritts wird auf die zweite Auflösungs Voraussetzung „Gebäude dicht“ verzichtet und die Rücklage im Jahresabschluss 2017 in Höhe von 11.320 T€ aufgelöst.

### **Neue Geschäftsstellen in Ingolstadt und Rosenheim**

Die Finanzierungsrücklage Bau neuer Geschäftsstellen in Ingolstadt und Rosenheim wurde in 2015 in Höhe des Teilbetrags von 15.300 T€ für Ingolstadt aufgelöst. Die Vollversammlung hatte am 15.07.2015 den Beschluss über eine Mietlösung in Ingolstadt gefasst, nachdem ein zuvor verfolgter Grundstücksankauf und Neubau wegen einer betriebsinternen Entscheidung des privaten Grundstücksanbieters nicht zustande kam. Im Hinblick auf die neue Geschäftsstelle in Rosenheim wurde gemäß Beschluss der Vollversammlung vom 18.03.2015 sowohl ein Grundstücksankauf und Neubau als auch eine alternative Mietlösung eruiert. Die IHK priorisiert mittlerweile eine Mietlösung und hat deshalb am 18.07.2017 im Einvernehmen mit der Stadt Rosenheim eine vorherige Grundstücksreservierung aufgelöst. Deshalb wird die mit 8.682 T€ dotierte Rücklage im Jahresabschluss 2017 aufgelöst.

Die Entnahmen aus den **Instandhaltungsrücklagen** erfolgen bis zur Höhe der für die jeweilige Maßnahme nachgewiesenen Aufwendungen. Für die Liegenschaft Orleansstraße werden im Geschäftsjahr 2017 voraussichtlich 1.367 T€ für Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen aufgewendet, die in gleicher Höhe dieser zweckgebundenen Rücklage entnommen werden.

Insgesamt ergibt sich gegenüber der Planung von 4.320 T€ eine Mehrung der Entnahmen aus Rücklagen um 19.537 T€ auf 23.857 T€.

### **Position 23: Einstellungen in Rücklagen**

Als Konsequenz der aktuellen Rechtsprechung zur Rücklagenbildung der IHKs werden Rücklagen ab 2016 nur noch in dem Umfang gebildet, in dem Maßnahmen durch Kostenschätzungen externer Sachverständiger bzw. Architekten unterlegt sind. Für den Standort Orleansstraße sind für 2018 verschiedene Instandhaltungsmaßnahmen geplant, die eine Zuführung zur Instandhaltungsrücklage in Höhe von 1.969 T€ erforderlich machen. Zur Finanzierung der Mietereinbauten sowie der Erstausrüstung im Mietobjekt Rosenheimer Str. 110 – 112 in München für den Zeitraum 2017 bis 2019 wird eine neue zweckgebundene Finanzierungsrücklage über 9.500 T€ gebildet. Einzelheiten hierzu können der Anlage 9 Rücklagen entnommen werden. In der ursprünglichen Planung vom 07.12. 2016 war keine Rücklageneinstellung geplant, da bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Kostenschätzungen von fachkundigen Dritten vorlagen. Im Nachtragswirtschaftsplan ergibt sich somit eine Mehrung von 11.470 T€ bei den anderen Rücklagen.

Da zudem der Ausgleichsrücklage 1.614°T€ im Nachtrag zugeführt werden, ergibt sich insgesamt gegenüber der Planung ein Mehrung der Rücklageneinstellungen von 13.084°T€.

## **Erläuterungen zur Finanzrechnung**

Die Positionen 4. – 8. sowie 20. – 22. unterliegen nicht der Wirtschaftsplanung und werden nur in der Finanzrechnung dargestellt.

### **Position 9: Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit**

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beinhaltet das um die Veränderung der Rückstellungen, der Abschreibungen und Zuschreibungen zum Anlagevermögen, der sonstigen Aktiva und Passiva sowie der Zuführungen oder Auflösungen an aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten bereinigte Jahresergebnis.

Für 2017 wird ein negativer Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von - 23.251 T€ erwartet, der 8.398 T€ unter dem Planwert von - 14.853 T€ liegt, hauptsächlich bedingt durch die geringeren Beitragsserträge.

### **Position 16: Cashflow aus Investitionstätigkeit**

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt die Einnahmen und Ausgaben für Investitionen im Bereich der Gegenstände des immateriellen Anlagevermögens sowie des Sachanlage- und des Finanzanlagevermögens auf. Die ursprünglich geplanten Investitionen in das Sachanlagevermögen (Position 11) und in immaterielle Vermögensgegenstände (Position 13) verringern sich für 2017 deutlich von 33.801 T€ um 12.220 T€ auf insgesamt 21.581 T€. Die wesentliche Veränderung betrifft die Sanierung des Stammhauses in der Max-Joseph-Straße mit einem Wert von - 14.000 T€. Die Anpassungen im Einzelnen sind in der Anlage 6 „Investitionsplanung zur Anlage zum Finanzplan“ sowie in Anlage 6a Kosten- und Finanzierungsübersicht für das Projekt Generalsanierung des Stammhauses Max-Joseph-Straße dargestellt.

### **Position 20: Finanzmittel am Ende der Periode**

Der Finanzmittelbestand zum 31.12.2017 wird sich voraussichtlich um 44.832 T€ auf 16.387 T€ verringern. Er liegt wegen der geringeren Investitionen in die Generalsanierung des Stammhauses und der nicht benötigten Fremdfinanzierungen für Investitionen um 822 T€ über dem Planwert.

## Rücklagen

Der Stand der **Rücklagen** wird folgende Werte bzw. Relationen erreichen:

Stand: 31.12.	2015 IST	2016 IST	2017 Nachtrag
<b>Ausgleichsrücklage</b>	<b>32.582</b>	<b>32.582</b>	<b>31.708</b>
in % des geplanten Betriebsaufwands	34,1%	33,3%	31,3%
Zuführung lfd. Jahr	0	0	1.614
Entnahme lfd. Jahr	0	0	-2.488
Summe	0	0	-874

<b>Finanzierungsrücklagen</b>			
<b>- Max-Joseph-Str.</b>	<b>66.430</b>	<b>66.430</b>	<b>66.430</b>
Zuführung lfd. Jahr	0	0	0
Entnahme lfd. Jahr	0	0	0
Summe	0	0	0
<b>- neues Bildungszentrum</b>	<b>11.320</b>	<b>11.320</b>	<b>0</b>
Zuführung lfd. Jahr	0	0	0
Entnahme lfd. Jahr	0	0	-11.320
Summe	0	0	-11.320
<b>- neue Geschäftsstellen (IN, RO)</b>	<b>8.682</b>	<b>8.682</b>	<b>0</b>
Zuführung lfd. Jahr	0	0	0
Entnahme lfd. Jahr	-15.300	0	-8.682
Summe	-15.300	0	-8.682
<b>- Rosenheimer Straße</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>9.500</b>
Zuführung lfd. Jahr	0	0	9.500
Entnahme lfd. Jahr	0	0	0
Summe	0	0	9.500

<b>Instandhaltungsrücklagen</b>			
<b>- Orleansstr.</b>	<b>3.451</b>	<b>2.487</b>	<b>3.089</b>
Zuführung lfd. Jahr	0	0	1.969
Entnahme lfd. Jahr	-1.312	-964	-1.367
Summe	-1.312	-964	602
<b>- Westerham</b>	<b>3.655</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Zuführung lfd. Jahr	0	0	0
Entnahme lfd. Jahr	-17	-3.655	0
Summe	-17	-3.655	0
<b>- Geschäftsstelle Weilheim</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

<b>Gesamt</b>	<b>117.438</b>	<b>112.819</b>	<b>110.727</b>
---------------	----------------	----------------	----------------

Die **Ausgleichsrücklage** ist zum Ausgleich aller ergebniswirksamen Schwankungen vorgesehen. Sie ist laut § 15a Nr. 2 Satz 2 Finanzstatut zu bilden und kann in ihrer Höhe bis zu 50 Prozent der geplanten Aufwendungen betragen und soll 30 Prozent nicht unterschreiten.

Bei der Bemessung der Rücklage ist das Gebot der Haushaltswahrheit einzuhalten. Dies beinhaltet die Pflicht zur Schätzgenauigkeit (sachgerechte und vertretbare Prognose) und fordert eine Risikoprognose für den Ansatz der Ausgleichsrücklage.

Das Risikomanagement der IHK erfasst in einem Risikokatalog systematisch eine Vielzahl von Einzelrisiken, die in Risikogruppen zusammengefasst werden. Zu jedem Einzelrisiko werden Risikobereich, Risikofeld, Risikobeschreibung, Berechnungsannahmen sowie wertmäßige Schadensbewertung und Eintrittswahrscheinlichkeit definiert. Zur Bestimmung des Risikoausmaßes wird neben der Addition der absoluten Schadenssummen eine gewichtete Schadenssumme unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeit ermittelt. Abschließend wird über ein statistisches Rechenverfahren (Konfidenzintervall auf einem Niveau von 95 Prozent bei unendlicher Wiederholung eines Zufallsexperiments) ein Simulationsergebnis ermittelt, das die wahrscheinlichste maximale Schadenshöhe zur Bestimmung der Ausgleichsrücklage repräsentiert.

Im Ergebnis wird für das laufende Geschäftsjahr 2017 eine Risikoprognose für die Ausgleichsrücklage in Höhe von T€ 43.890 ermittelt. Gegenüber dem erwarteten Stand zum 31.12.2017 von T€ 31.708 ergibt sich ein Abdeckungsgrad von 72,2 Prozent.

Die Grundlagen zur Ermittlung der Risikoprognose für den Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2017 sind in der Anlage 10 dargestellt.

Stand: 31.12.	2015 IST	2016 IST	2017 Nachtrag
<b>Ausgleichsrücklage</b>	<b>32.582</b>	<b>32.582</b>	<b>31.708</b>
in % des geplanten Betriebsaufwands	34,1%	33,3%	31,3%
Zuführung lfd. Jahr	0	0	1.614
Entnahme lfd. Jahr	0	0	-2.488
Summe	0	0	-874

Die Bildung zweckgebundener Rücklagen ist gemäß § 15a Nr. 2 Satz 4 Finanzstatut zulässig. Sie sind in der Bilanz unter der Position „**Andere Rücklagen**“ auszuweisen.

Die IHK München unterhält zweckgebundene Rücklagen zur Finanzierung von Bau- und Sanierungsvorhaben (Finanzierungsrücklagen) und Instandhaltungsrücklagen für ihre Liegenschaften. Hierbei ist jede Einzelmaßnahme durch eine Kosteneinschätzung bzw. Kostenermittlung eines sachverständigen Dritten (z. B. Planer oder Sachverständiger) qualitativ und quantitativ nach Inhalt, Zeitdauer und

Wert bestimmt. Lässt sich der Zweck nicht verwirklichen oder entfällt dieser, werden die darauf entfallenden Teile der Rücklage ganz oder teilweise aufgelöst.

### Finanzierungsrücklagen

Diese zweckgebundenen Rücklagen wurden für die Finanzierung der Generalsanierung des IHK-Stammhauses Max-Joseph-Straße, für die Finanzierung des Grundstückserwerbs für ein neues Bildungszentrum in München, für die Grundstückserwerbe und den Bau neuer Geschäftsstellen in Ingolstadt und Rosenheim sowie für Mietereinbauten und Erstausrüstung in der Rosenheimer Straße in München gebildet.

Sie werden zum Bilanzstichtag 31.12.2017 mit folgenden Werten dotiert sein:

- |  |           |
|--|-----------|
| • Max-Joseph-Straße München  | 66.430 T€ |
| • Neues Bildungszentrum München  | 0 T€      |
| • Neue Geschäftsstellen Ingolstadt und Rosenheim<br>(verbleibender Teilbetrag Rosenheim) | 0 T€      |
| • Rosenheimer Straße München   | 9.500 T€  |

**Max-Joseph-Straße:** Die Vollversammlung hat sich mit Beschluss vom 15.07.2015 auf Basis der geprüften Kostenberechnung des Generalplaners Anderhalten Architekten in Höhe von rund 75 Mio. € für die Fortsetzung der Generalsanierung ausgesprochen. Ende April 2016 wurden die Rohbauarbeiten gestartet. Der Beginn des Umzugs ist für Dezember 2018 geplant. Nach Fertigstellung der Außenanlagen und Erhalt der Schlussrechnungen zur Ermittlung der Herstellungskosten werden perspektivisch ab Mitte 2019 der Rücklage die Hälfte der jährlichen Abschreibungswerte in Höhe von geplant 1.700 T€ (Jahreswert 3.375 T€ ab 2020) entnommen.

**Bildungszentrum München:** Die Vollversammlung hat mit Beschluss vom 01.07.2014 die Hauptgeschäftsführung beauftragt, Verhandlungen zur langfristigen Anmietung von Büro- und Seminarflächen mit dem künftigen Erwerber des Grundstücks Rosenheimer Straße 110 – 112 (ehem. Holzkontor Grombach) in der Größenordnung von bis zu 10.000 qm zu führen. Am 08.12.2015 bevollmächtigte die Vollversammlung Präsident und Hauptgeschäftsführer zum Abschluss eines Mietvertrages. Beschlussgemäß wird die vorhandene Finanzierungsrücklage Bau eines neuen Bildungszentrums in München bei Erfüllung der Bedingungen „Abschluss eines Mietvertrags“ (unterzeichnet am 11.12.2015, jedoch noch unter auflösender Bedingung einer Baugenehmigung) und Baustatus „Gebäude dicht“ für das Mietobjekt aufgelöst. Der beabsichtigte Grundstückserwerb in München (Rosenheimer Straße 110-112) wurde zugunsten einer Mietlösung an diesem Standort aufgegeben. Der zwischen der IHK und dem Grundstückseigentümer abgeschlossene Mietvertrag beinhaltet ein beiderseitiges Rücktrittsrecht der Mietvertragsparteien bis zum 30.07.2017, das durch das Vorliegen einer wirksamen Baugenehmigung auflösend bedingt ist. Mit Erteilung der Baugenehmigung für das Grundstück am 02.03.2017 und dem Erlöschen des Rücktrittsrechtes verfügt die IHK

über eine rechtsgesicherte Mieterposition. Angesichts des Baufortschritts wird auf die zweite Auflösungsbedingung „Gebäude dicht“ verzichtet und die Rücklage somit im Jahresabschluss 2017 aufgelöst.

**Neue Geschäftsstellen in Ingolstadt und Rosenheim:** Die Finanzierungsrücklage Bau neuer Geschäftsstellen in Ingolstadt und Rosenheim wurde in 2015 in Höhe des Teilbetrags für Ingolstadt in Höhe von 15.300 T€ bereits aufgelöst. Die Vollversammlung hatte am 15.07.2015 den Beschluss über eine Mietlösung in Ingolstadt gefasst, nachdem ein zuvor verfolgter Grundstücksankauf und Neubau wegen einer betriebsinternen Entscheidung des privaten Grundstücksanbieters nicht zustande kam. Im Hinblick auf die neue Geschäftsstelle in Rosenheim wird gemäß Beschluss der Vollversammlung vom 18.03.2015 sowohl ein Grundstücksankauf und Neubau als auch eine alternative Mietlösung eruiert. Die IHK priorisiert mittlerweile eine Mietlösung und hat deshalb am 18.07.2017 im Einvernehmen mit der Stadt Rosenheim eine vorherige Grundstücksreservierung einvernehmlich aufgelöst. Deshalb wird die Rücklage in Höhe von 8.682 T€ im Jahresabschluss 2017 aufgelöst.

**Mietereinbauten und Erstausrüstung im Objekt Rosenheimer Straße, München:** Die IHK hat mit dem Eigentümer der Objekts Rosenheimer Straße 110-112 einen Mietvertrag über 10.500 qm für Seminar-, Prüfungs- und Büroräume und 80 Tiefgaragenstellplätze abgeschlossen. Die mieterseitigen Leistungen sowie die Erstausrüstung sind zwischenzeitlich definiert. Seit Oktober 2017 liegt eine Kostenschätzung des externen Planers über 9.500 T€ vor. Für die einzelnen Kostengruppen sind folgende Budgets vorgesehen:

## Anlage 9

Investitionen	Plankosten Gesamt in €	Voraussichtlicher Jahresbetrag			Position Plan-GuV	Position Finanz- /Investitionsplan
		2017	2018	2019		
<b>Baugrundstück</b>	0					<b>11a</b>
<b>Herrichtung und Erschließung</b>	0	0	0	0		<b>11a</b>
<b>Bauwerk / Konstruktion</b>	2.465.000	40.000	1.710.000	715.000		<b>11a</b>
- Ausbau Bürobereiche		0	0	0		
- Türen, Bodenbeläge, USV-Räume		0	0	0		
- Verbindungsbrücke		0	0	0		
<b>Bauwerk / Technische Anlagen</b>	2.705.000	545.000	1.080.000	1.080.000		<b>11b</b>
- USV inkl. Kälte		0	0	0		
- Passives Netzwerk		0	0	0		
- WLAN		0	0	0		
- Gebäudeautomation		0	0	0		
- Medientechnik		0	0	0		
- Videoüberwachung		0	0	0		
- Raumbuchung		0	0	0		
- Beleuchtung Eingangsbereich		0	0	0		
- Teekücheninstallation und Automatrversorgung		0	0	0		
		0	0	0		
<b>Außenanlagen</b>	30.000	0	0	30.000		<b>11a</b>
- Zaunerhöhung		0	0	0		
- ...	0	0	0	0		
<b>Ausstattung</b>	65.000	0	15.000	50.000		<b>11c</b>
- Schulungsräume		0	0	0		
- Einbaumöbel Schulungs- und Büroräume		0	0	0		
- IHK Werbung Fassade		0	0	0		
- Standardmöbel		0	0	0		
<b>Baunebenkosten</b>	1.340.000	725.000	435.000	180.000		<b>11</b>
- Beratungsleistungen/Planung		0	0	0		
- ...	0	0	0	0		
<b>Risikozuschlag für Unvorhergesehenes</b>	0	0	0	0		<b>11</b>
- 10 Prozent auf Kostengruppen 300-600	0	0	0	0		
- ...	0	0	0	0		
<b>Risikozuschlag für Preissteigerungen</b>	0	0	0	0		<b>11</b>
- 3 Prozent auf Kostengruppen 300-600	0	0	0	0		
		0	0	0		
<b>Summe Mietereinbauten</b>	<b>6.605.000</b>	<b>1.310.000</b>	<b>3.240.000</b>	<b>2.055.000</b>		
<b>Ausstattung</b>	<b>2.895.000</b>	240.000	60.000	2.595.000		<b>11b</b>
- Technische Ausstattung (Monitore, Beamer, Tischelektrik)		0	0	0		
- Möblierung Arbeitsplätze, Schulungs- und Prüfungsräume		0	0	0		
- Sonstige Ausstattung		0	0	0		
<b>Summe Investitionsmaßnahmen</b>	<b>9.500.000</b>	<b>1.550.000</b>	<b>3.300.000</b>	<b>4.650.000</b>		

Finanzierung						
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	0	0	0	0		<b>9</b>
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	0	1.550.000	-1.550.000	0		<b>16</b>
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	9.500.000	0	4.850.000	4.650.000		<b>17</b>
- Kredite	9.500.000		4.850.000	4.650.000		<b>17a</b>
- Investitionszuschüsse	0	0	0	0		<b>17b</b>
<b>Finanzierung gesamt</b>	<b>9.500.000</b>	<b>1.550.000</b>	<b>3.300.000</b>	<b>4.650.000</b>		

## Anlage 9

**Instandhaltungsrücklagen**

Sie bestehen aus zweckgebundenen Rücklagen für Instandhaltungsmaßnahmen. Unter Berücksichtigung der geplanten Entnahmen werden sie zum Bilanzstichtag 31.12.2017 mit folgenden Werten dotiert sein:

- Orleansstraße 3.089 T€
- Westerham 0 T€

Der Instandhaltungsrücklage für den Standort Orleansstraße werden in 2017 für die folgenden Maßnahmen in 2018 ff 1.970 T€ zugeführt.

Standort	Maßnahmebezeichnung	Zeitpunkt	Aufwand	Investition	erstellt durch
OST	Neue Türanlage	2018	95.000 €	-	Planungsgruppe Brachmann
OST	Altbau Deckensanierung	2018	140.000 €	-	Planungsgruppe Brachmann SV: Herr Prof. Sennewald, SV: Herr von der Gönne
OST	Dachsanierung	2018	405.000 €	-	Planungsgruppe Brachmann, SV: Herr Hirschbeck
OST	Herren, Damen WC 1. OG bis 4. OG	2019	170.000 €	-	Planungsgruppe Brachmann
OST	WC-Anlagen Haus A Altbau EG - 3. OG.	2019	238.000 €	-	Planungsgruppe Brachmann
OST	Enthärtung Kaltwasserversorgung	2018	54.000 €	-	Angebot Rahmenvertragspartner Bielmeier & Schneider vorliegend; Ausführungsplanung Dipl. Ing. Alexander Köstner
OST	Verlagerung Rückkühler Rechenzentrum	2018	143.000 €	-	Angebot Wartungspartner Fa. ROM
OST	Lüftungsanlage Küche	2019	190.000 €	-	Dipl. Ing. Alexander Köstner
OST	Neuplanung Cafeteria Machbarkeit zw. Einzug Rosenheimer Str.	2018	18.000 €	-	Planungsgruppe Brachmann
OST	Denkmalschutz abklären; evtl. Rückbauten	2018	1.500 €	-	Planungsgruppe Brachmann
OST	Neubau Umzug Poststelle	2018	244.000 €	-	Planungsgruppe Brachmann, Koch & Partner Fr. Ley
OST	WC-Anlagen EG, Damen Herren Behinderten	2019	128.000 €	-	Planungsgruppe Brachmann
OST	Begleitheizung der Wasserleitungen	2018	6.000 €	-	Dipl. Ing. Alexander Köstner
OST	Nutzungsänderung EG C005	2018	18.000 €	-	Planungsgruppe Brachmann
OST	Sekuranten (Dachabsturzsisicherung)	2018	12.000 €	-	Planungsgruppe Brachmann
OST	Austausch Wärmedämmverbundsystem	2019	107.000 €	-	Planungsgruppe Brachmann
<b>Gesamtzuführung 2018</b>			<b>1.969.500</b>	-	
OST	Schließanlage	aus 2017	465.200 €	-	Geisler - Tannhoff
<b>Gesamt</b>			<b>2.434.700</b>		

## Grundlagen zur Risikoprognose der Ausgleichsrücklage

Rechtsgrundlagen: § 15a Abs. 2 Finanzstatut; Urteil des BVerwG vom 09.12.2015.

Grundlage der Ermittlung der notwendigen Risikoprognose der IHK ist ein in der bundesweiten IHK-Organisation abgestimmter Katalog möglicher, für die IHKs relevanter Risiken. In diesen Katalog haben 28 Risiken Eingang gefunden, die nicht bereits durch den Wirtschaftsplan, Rückstellungen, Versicherungen oder andere zweckgebundene Rücklagen abgedeckt sind. Es handelt sich somit um eine Art Risikoresidualgröße, für die bilanziell keine Vorsorge getroffen ist und die durch die Ausgleichsrücklage abzudecken ist.

Für jedes Risiko ist eine spezifische Risikobeschreibung, die notwendigen Berechnungsgrundlagen, eine Einschätzung über die Höhe eines möglichen Schadensausmaßes (in der Ausprägung „minimal“, „wahrscheinlich“, „maximal“) und eine Eintrittswahrscheinlichkeit (vorgegebene Wahrscheinlichkeitskorridore) anzugeben. Weiterhin wird festgelegt, inwieweit zwischen den einzelnen Risiken Abhängigkeiten bestehen, also ob und inwieweit der Eintritt eines Risikos die Eintrittswahrscheinlichkeit eines anderen Risikos verändert.

Auf Basis einer für die bundesweite IHK-Organisation durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG (PwC) entwickelten und zertifizierten Software, wird die Schadenshöhe der auf die IHK wirkenden Risiken ermittelt. Hierbei werden drei unterschiedliche Ergebnisse berechnet: a) eine ungewichtete Schadenssumme, b) eine gewichtete Schadenssumme sowie c) die Ermittlung anhand einer Szenarioanalyse mit Konfidenzintervall.

- a) Ungewichtete Schadenssumme: Für jedes Einzelrisiko wird zunächst der minimale, der erwartete (wahrscheinliche) und der maximale Schaden ermittelt. Das Gesamtrisiko besteht dann in der Schadenssumme, die sich aus reiner Addition der Schäden der einzelnen Risiken (jeweils für „minimal“, „wahrscheinlich“, „maximal“) ergibt. Bei dieser Methode bleibt unberücksichtigt, dass der gleichzeitige Eintritt aller Risiken mit dem jeweiligen Schadenswert unwahrscheinlich und die ermittelte Schadenssumme deshalb ggf. zu hoch bemessen sein dürfte.
- b) Gewichtete Schadenssumme: Bei dieser Methode wird jedem Einzelrisiko eine eigene Eintrittswahrscheinlichkeit zugeordnet. Der Schaden jedes Einzelrisikos wird mit der jeweiligen Eintrittswahrscheinlichkeit gewichtet. Die gewichtete Schadenssumme ergibt sich dann aus der Addition der gewichteten Schadenswerte. Diese Methode hat den Nachteil, dass das

## Anlage 10

einzelne Risiko nur mit dem gewichteten Schaden abgesichert ist, im Falle des tatsächlichen Schadenseintritts der Schaden sich aber in vollem Ausmaß auswirkt. In der Regel ist die ermittelte Schadenssumme methodisch zu niedrig bemessen. Auch diese Methode berücksichtigt nicht, dass der gleichzeitige Eintritt der Schäden nicht realistisch sein dürfte.

- c) Ermittlung anhand einer Szenarioanalyse mit Konfidenzintervall: Die Ermittlung eines Konfidenzintervalls ist ein übliches statistisches Verfahren, bei dem die Abhängigkeit der Risiken untereinander und die geringe Wahrscheinlichkeit des gleichzeitigen Eintritts aller Risiken berücksichtigt wird. Das Konfidenzintervall wird über mathematische Modelle und eine Vielzahl von Stichproben ermittelt. Es besagt, dass bei unendlicher Wiederholung eines Zufallsexperiments (stochastische Szenarioanalyse) das Intervall den gesuchten Wert (Schadensausmaß) mit einer bestimmten Häufigkeit umfasst. Als Konfidenzintervall werden üblicherweise 90 Prozent, 95 Prozent, 99 Prozent oder 99,99 Prozent gewählt. Versicherungen arbeiten im Bereich der Schadensregulierung üblicherweise mit einem Konfidenzintervall von 95 Prozent. Dieses Intervall wird auch für die Risikoabsicherung der IHKs empfohlen. Im Normalfall liegt das Konfidenzintervall unterhalb der ungewichteten und über der gewichteten Schadenssummen (Methode a und Methode b).

Die IT-technische Lösung zur Unterstützung der Risikoprognose (Methode c) wurde durch PwC am 4. August 2016 zertifiziert. Die inhaltlichen Annahmen werden durch die Rechnungsprüfungsstelle für die deutschen Industrie- und Handelskammern jährlich plausibilisiert.

Die durchgeführte Risikoaggregation mit Methode c führt zu folgendem Ergebnis:

Bei 100.000 simulierten Stichproben errechnet das Tool eine Schadenssumme von 43.890.325 €, die in 95 Prozent aller Stichproben nicht überschritten wird.

Diese Schadenssumme liegt relativ nahe am Wert der ungewichteten Schadenssumme (44.763.410 €), weil bei der IHK München derzeit keine unmittelbaren Abhängigkeiten feststellbar sind.

## Anlage 10

## Risikokatalog

Risikokatalog IHK München			Berchnungsgrundlage	Bemerkung
<b>A</b>	<b>Umlagen und Beiträge</b>			
A.1	Konjunktur			Die Risikofelder A.1 bis A.5 werdn in A.6 zusammengefasst.
A.2	Ausfall großer Beitragszahler			
A.3	Endgültige Beitragsbescheide			
A.4	Zu hohe laufende Veranlagungen			
A.5	Wegen Unzustellbarkeit stornierte Bescheide			
A.6	Sonstige	Planungsrisiken Beitrag (=Zusammenfassung A.1 bis A.5)	Vergleich Sollveranlagung und Endabrechnung über fünf Jahre	
<b>B</b>	<b>Gebühren</b>			
B.1	Planung Gebühren		Plan-/Ist-Vergleich fünf Jahresvergleich	
B.2	Sonstige			Risiko nicht vorhanden
<b>C</b>	<b>Entgelte</b>			
C.1	Rückgang Erlöse aus Veranstaltungen, Lehrgängen, Seminaren		Plan-/Ist-Vergleich fünf Jahresvergleich	
C.2	Sonstige			Risiko nicht vorhanden
<b>D</b>	<b>Erträge aus Vermietung und Verpachtung</b>			
D.1	Erträge aus Vermietung und Verpachtung			Risiko nicht vorhanden
D.2	Sonstige			Risiko nicht vorhanden
<b>E</b>	<b>Steuern</b>			
E.1	Leistungsbeziehungen mit Tochterunternehmen vGA		Das Risiko bemisst sich nach den tatsächlichen Ergebnissen der letzten Steuerprüfung für die Jahre 2006 bis 2009 in 2013	
E.2	BgA Nachbesteuerung			
E.3	BgA Dauerverluste			
E.4	Kammerzeitschriften			
E.5	Steuerpflicht bei Zuwendungen			
E.6	Unerkannte Betriebsaufspaltung			
E.7	Umsatzsteuer bei Sponsoring			
E.8	Beistandsleistungen			
E.9	Sonstige			
<b>F</b>	<b>Altersversorgung</b>			
F.1	Rückgriff bei Auslagerung			Die Pensionsverpflichtung sind nicht ausgelagert. Daher ist das Risiko nicht vorhanden.
F.2	Entwicklung des Erfüllungsbetrages über Bilanzstichtag			Die Veränderungen werden jeweils im Wirtschaftsplan berücksichtigt. Deshalb wird das Risiko hier nicht berücksichtigt.
F.3	Sonstige			Risiko nicht vorhanden
<b>G</b>	<b>Anlagen - Rendite</b>			
G.1	Renditerisiko			Ein nennenswertes Risiko besteht wegen der restriktiven Anlagerichtlinie nicht.
G.2	Sonstige			Risiko nicht vorhanden
<b>H</b>	<b>Beteiligungen und Mitgliedschaften</b>			
H.1	Beteiligungen und Mitgliedschaften		Verpflichtungen aus Satzungen werden mit den aktuellen Werten (Jahresabschlüsse) bewertet.	Nachschusspflichten werden grundsätzlich vertraglich ausgeschlossen.
H.2	Sonstige			Risiko nicht vorhanden
<b>I</b>	<b>IT</b>			
I.1	Technische Störungen			
I.2	Datenschutz und Rechtsrisiken		Art. 37 BayDSG	
I.3	Sonstige			Risiko nicht vorhanden
<b>K</b>	<b>Haftungs- und Rechtsfragen</b>			
K.1	Zuwendungen - Rückforderungen		Das Risiko bemisst sich nach den tatsächlichen Ergebnissen der Projektprüfungen	
K.2	Beschaffungsvorgänge - Fehlerhafte Vergabe		durchschnittliches Vergabevolumen	
K.3	Geheimhaltungsverstoß bei Prüfungen		Aufwand für Prüfungswiederholung	
K.4	IHK Wahl - Wiederholung		Gesamtkosten der letzten Wahl	
K.5	Nicht durch Versicherung abgedeckte Haftungsschäden			Risiko nicht vorhanden
K.6	Sonstige			Risiko nicht vorhanden
<b>L</b>	<b>Sachanlagen</b>			
L.1	Verlust- oder Schadensrisiken			Risiko nicht vorhanden
L.2	Vertrags- und Leistungsrisiken			Risiko nicht vorhanden
L.3	Sonstige			Risiko nicht vorhanden
<b>M</b>	<b>Sonstiges</b>			
M.1	Sonstige	Beitragsrückzahlungsrisiken durch Rechtsprechung	Ergebnisvortrag aus 2011	Das Verfahren ist beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof anhängig
M.2	Sonstige	Rechtsrisiken - Verfahrenskosten bei Klagen		Risiko nicht vorhanden, Es wird jeweils im Wirtschaftsplan berücksichtigt.
<b>N</b>	<b>Sonstiges II</b>			
N.1	Sonstige II	Rechtsrisiken - Verfassungsbeschwerde Hinzurech. GewStG 2009		Das Risiko besteht seit 2016 durch die Entscheidung des BVG nicht mehr.
N.2	Sonstige II			Risiko nicht vorhanden

